

Die Krise in Wirtschaft & Politik

DIE MEINUNGEN DER LEADER
UND DER BEVÖLKERUNG



Inhaltsverzeichnis

Sophia 2010

Chapitre 1

DIE WIRTSCHAFTSKRISE WELCHE KRISE? **4**

Chapitre 2

DIE FINANZKRISE DAS ENDE EINER EPOCHE? **10**

Chapitre 3

POLITISCHE KRISE VIELE FEHLER, KAUM SANKTIONEN **14**

Chapitre 4

LEHREN AUS DER KRISE VERTRAUENSVOTUM FÜR DIE EINEN,
MISSTRAUENSANTRAG FÜR DIE ANDEREN **18**

Chapitre 5

DIE SCHWEIZ IN DER WELT ERTRAUENSVOTUM FÜR DIE EINEN
ANGEGRIFFEN, ABER NICHT SCHLIMM **24**

SCHLUSSFOLGERUNGEN **30**

STUDIENBESCHREIBUNG

Die vom Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung M.I.S Trend (Lausanne und Bern) initiierte und durchgeführte SOPHIA-Studie 2010 wendet sich jedes Jahr an zwei Zielgruppen. Eine davon ist die breite Öffentlichkeit, repräsentiert von 500 Westschweizern, 500 Deutschschweizern und 200 Tessinern aus der Bevölkerung, im Alter von 18 bis 74 Jahren. Mit diesem ungleichen Verhältnis wird die Fehlerquote für die drei Regionen minimiert ($\pm 4,5\%$ für die Romandie und die Deutschschweiz und $\pm 7,0\%$ für das

Tessin). Das reale demographische Gewicht der drei Regionen wird mit einer mathematischen Gewichtung in den Gesamtergebnissen wieder hergestellt (Fehlerquote $\pm 2,8\%$). Diese 1'200 Personen wurden vom 18. Februar bis 5. März telefonisch befragt. SOPHIA befragt zudem rund 400 in der Schweiz tätige Opinion Leader. Sie werden wegen ihrer Gedankenarbeit über Gegenwart und Zukunft der Schweiz, anhand von ihnen verbreiteter Mitteilungen und ihrer Stellung im öffentlichen Leben der Schweiz

rekrutiert. Sie stellen eine repräsentative Auswahl aus Wirtschaft (40%), Verwaltung (7%), Wissenschaft und Erziehung (17%), Kultur (7%) und Politik (26%) dar, sowohl aus der Lateinischen, als auch aus der Deutschen Schweiz. Davon sind 42% international tätig und 24% üben ein politisches Mandat auf Gemeinde-, Kantons- oder Bundesebene aus. Sie wurden im März mit einem per Post verteilten Fragebogen befragt. Die maximale Fehlerquote bei dieser Stichprobe ist $\pm 5,0\%$. o



CHANTAL TAUXE

L'HEBDO
STELLVERTRETENDE CHEFREDAKTORIN

Sophia 2010

Die Klarheit am Tag danach

«Wenn ich mich selbst untersuche, bin ich beunruhigt. Wenn ich mich vergleiche, beruhige ich mich.» Die Schweizer könnten sich diese Weisheit des Fürsten von Talleyrand, der als grosser Pragmatiker in die Geschichte einging, zu Eigen machen.

Seit 2008 folgt in diesem traditionell ruhigen und diskreten Land eine Krise der anderen: UBS-Zusammenbruch, Libyen-Affäre, Steuerstreit mit den Nachbarn in Deutschland, Frankreich, Italien, Druck von den USA. Der Dominoeffekt der Krisen erschüttert selbst den für schweizerische Stabilität bürgenden Bundesrat.

Die im Zusammenhang mit dem Forum der 100 vom Institut M.I.S Trend durchgeführte (und von Bund, Tages-Anzeiger und il caffè aufgenommene) Sophia-Studie 2010 zeigt, wie die wiederholten Spannungsepisoden die Meinungen verändert haben. Wie die Ergebnisse zeigen, haben Bevölkerung und Leader durchaus das Gefühl, durch raues Wetter gegangen zu sein. Doch sie dramatisieren kaum. Sie sind gut unterrichtet und wissen, dass die Lage anderswo viel schlechter ist. Die Schweiz ist nicht mehr das kleine verschonte Paradies, und sie ist auch keine Hölle geworden: Die Wirklichkeit ist weit komplexer, und Sophia macht die Nuancen sichtbar.

Hauptthema ist die Umwelt, doch in der Romandie und im

Tessin sorgt man sich mehr um die Beschäftigung und die Wirtschaftslage. Im Übrigen ist die Kontingentierung ausländischer Arbeitskräfte landesweit wieder bemerkenswert populär, während die Leader, die aus der Personenfreizügigkeit Vorteile ziehen, diese überholte Massnahme überhaupt nicht in Betracht ziehen.

Stimulierend auch die Erkenntnis, dass die Schweizer den Liberalismus, dessen Exzesse in die Krise geführt haben, nicht in Frage stellen obwohl sie an dessen Besserungsfähigkeit zweifeln. Alle befürworten jedoch Massnahmen zum besseren Funktionieren der Regierung. Die Feuerwehr muss effizienter werden, doch macht sich niemand Illusionen über die Brandstifter.

Krise und Vertrauen werden subjektiv erlebt. Sophia 2010 nimmt nebenbei die Unruhestiftenden Medien aufs Korn, die mit ihrer Krisenberichterstattung Panik gemacht haben und durch sie geschwächt wurden.

Die Befragung ist positiv, ohne aber gefallen zu wollen. Dies gilt auch für das Forum der 100, seitdem L'Hebdo es 2005 ins Leben gerufen hat. Inzwischen bringt es mehr als 800 Persönlichkeiten zusammen, um die Dynamik der Westschweiz zu untersuchen und zu hinterfragen. Eine grossartige Plattform für einen passionierten und spannenden Austausch, mit der Sophia-Studie als Initialzündung. ○



SOPHIA 2010

MARIE-HÉLÈNE MIAUTON

DIREKTORIN M.I.S TREND LAUSANNE UND BERN,
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALFORSCHUNG

DIE KRISE, WELCHE KRISE? DAS FRAGEN LEADER UND BEVÖLKERUNG IM CHOR!

Sollte es der Wirtschaftskrise, die die Schweiz soeben durchquert hat, etwa gleich ergehen wie der Schweinegrippe? Eine angekündigte, aber nie wirklich eingetretene Katastrophe! Viel Lärm um nichts! Das lässt zumindest die von M.I.S Trend durchgeführte und finanzierte und von l'Hebdo verbreitete SOPHIA-Studie 2010 denken. Danach sorgen sich nur ein Drittel der Leader und ein Viertel der Bevölkerung in erster Linie über die Wirtschaftskrise und fürchten, sie werde den legendären Wohlstand der Schweiz dauerhaft mindern.

Wenn es eine Krise gab, waren hauptsächlich die Banken dafür verantwortlich, die sich schlecht benommen haben, und die USA mit den Subprimes. Die Finanzwelt hat bei ihrem Fall die Autobranche, die Maschinenindustrie und die Medien mitgerissen, doch die übrigen Industriezweige haben aus der Sicht der Befragten kaum gelitten. Das ist sicher der Grund, weshalb weder der Arbeitsfrieden noch die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz oder die Kaufkraft wirklich Schaden genommen haben und man auf eine Stabilisierung oder einen Rückgang der Arbeitslosigkeit in den allernächsten Jahren vertraut. Die Hauptsorge bleibt also die Zukunft der Renten, aber ist das nur eine Folge der Krise oder ebenso sehr der steigenden Lebenserwartung?

Nachdem die jüngsten Ereignisse demnach nicht als Revolution wahrgenommen wurden, glauben die Schweizer auch nicht an das Ende des Liberalismus. Im Übrigen werden Finanzwelt und Banken bald zum „business as usual“ übergehen, es sei denn, der Staat mische sich ein, was die Mehrheit befürwortet.

Der Bundesrat erhält für seinen Umgang mit den politischen und den Steueraffären, die die Schweiz unlängst erschüttert haben, schlechte Noten. Trotz ihrer grossen Strenge wollen Leader und Bevölkerung das Wahlsystem des Kollegiums jedoch nicht völlig verändern, sondern befürworten höchstens eine längere Amtszeit des Präsidenten oder die Einsetzung einer Stabsstelle.

Auch wenn die Wirtschaftskrise bei den Befragten nicht gross Spuren hinterlassen hat, so wurde doch immerhin ihr Vertrauen in viele Institutionen erschüttert, insbesondere das in die Medien, den Bundesrat, aber auch die FINMA, die Grossunternehmen... Andererseits haben die Schweizer immer noch einen unerschütterlichen Glauben in ihre KMU, ihre Nationalbank, in die Verwaltung und die Behörden, vor allem die kantonalen. Das internationale Bild der Schweiz bleibt in vielen Bereichen hervorragend, auch wenn es erschüttert worden ist: es wird sich bald erholen. So sieht die Mehrheit der Befragten optimistisch in die Zukunft.

Es gibt jedoch noch viele andere spannende Ergebnisse in dieser Ausgabe von SOPHIA 2010, zu deren Lektüre wir Sie einladen, bevor wir Sie wieder kontaktieren... für SOPHIA 2011.

Vielen Dank an alle, die uns geantwortet haben, gute Lektüre und bis zum nächsten Jahr.

In Zusammenarbeit mit Mathias Humery
Forscher bei M.I.S Trend

4 | ERHEBUNG

Die Schweizer beunruhigt der Zustand des Planeten mehr als die Beschäftigungssituation, die den Westschweizern und Tessinern mehr Sorgen macht. Zwar werden die Banken für die derzeitige Krise verantwortlich gemacht, doch erwartet niemand eine wirtschaftliche Systemänderung.

1 Die Wirtschaftskrise Welche Krise?

MARIE-HÉLÈNE MIAUTON

Die Sorgenrangfolge der Schweizer im ersten Quartal 2010 deutet nicht darauf hin, dass das Land eine grosse Wirtschaftskrise erlebt hat! Die Bevölkerung ist am meisten über den Zustand der Erde beunruhigt, wobei die Deutschschweizer den Ausschlag geben, da die Westschweizer und Tessiner sowie auch die Leader sich noch mehr um die Wirtschaft und die Beschäftigung sorgen. Der viel zitierte Graben zwischen Volk und Leadern macht sich in ihren recht unterschiedlich ausgeprägten Ängsten vor Unsicherheit und Gewalt bemerkbar, die 22% der Bevölkerung plagen, aber nur 13% der Leader. Dasselbe gilt für die Gesundheitskosten.

Da die Krise also nicht übermässig beunruhigt hat, wird die Medienberichterstattung als übertrieben angesehen. Zur Erinnerung: In Sophia 2007 hielten nur 21% der Leader und 18% der Bevölkerung die Klima-Berichterstattung der Medien für übertrieben, während die Werte hier 34% bzw. 41% erreichen. Erstaunt stellt man fest, dass die Romands, obschon die Krise sie mehr beunruhigt, den Medien genau wie die Deutschschweizer vorwerfen, diese übertrieben zu haben. Vielleicht weist diese Kritik auf eine problematisch gewordene Beziehung hin, was sich weiter unten in einem tieferen Vertrauensmangel der Westschweizer und Tessiner gegenüber ihren Medien bestätigt.

Doch wer ist denn nun verantwortlich für die Krise, die die Schweiz und die

Welt soeben durchquert haben? Drei Schuldige werden von Leadern und Bevölkerung angeprangert: die Banken, die USA und die Wirtschaft, die zu stark auf kurzfristige Profite aus ist. Die westliche Konsumgesellschaft, die Globalisierung und die Schwellenländer scheinen also nicht wirklich involviert, obschon auch sie eine gewisse Rolle gespielt haben. Von der Krise nicht oder kaum betroffen sind nach Sophia 2010 die Pharmaunternehmen, die grossen Handelsketten, der Energiesektor und die neuen Technologien, die sich ausserdem leicht erholen werden. Die Medien stehen dagegen an der Spitze der hart und dauerhaft getroffenen Branchen, mit der Auto- und der Maschinenindustrie und den Banken, deren baldige Erholung unwahrscheinlich erscheint.

Die Krise beeinflusst die Einschätzungen wenig. Nach Einschätzung der von der Krise also kaum beunruhigten Bevölkerung sind die Kaufkraft der Schweizer, der Arbeitsfriede und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes nur wenig betroffen, und drei Viertel sind in Bezug auf deren Erholung optimistisch. So sehen es auch die Opinion Leader, die jedoch die Erholung der Arbeitsbedingungen optimistischer einschätzen als die Bevölkerung. Eine wirklich dauerhafte Sorge bleibt damit die Zukunft der Renten, die mehr als die Hälfte der beiden befragten Zielgruppen für unsicher halten. Diese spezifische Sorge ist vielleicht durch den Zeitpunkt der Datenerhebung zu erklären, zu dem die Debat-

te zur Abstimmung über die zweite Säule voll im Gang war. Der Ausgang der Abstimmung bestätigt im Übrigen das Mass der in Sophia 2010 erkennbaren Sorgen.

Zum Zeitpunkt der Interviews betrug die Arbeitslosenquote in der Schweiz 4,2%. Die Hälfte der Leader glauben, sie werde innerhalb der drei nächsten Jahre auf 3% fallen, und 45% sagten ihre Stabilisierung auf dem jetzigen Niveau voraus. Nur 6% der Leader fürchten also eine Verschlechterung, während in der Bevölkerung ein Viertel diesen Pessimismus teilt und ein Drittel optimistisch ist. Die Tessiner machen sich mehr Sorgen als die Deutschschweizer und die Romands, was in dieser Studie übrigens oft der Fall ist. Trotz allem räumen 64% der breiten Öffentlichkeit ein, die Schweiz werde in Bezug auf die Beschäftigung weiterhin besser dastehen als die EU, und die Leader teilen weitgehend diese Meinung. Die Krise trägt jedoch dazu bei, dass die Werte gegenüber den früheren Sophia-Studien leicht gesunken sind.

Fast die Hälfte der Bevölkerung möchte deshalb die Kontingentierung wieder einführen und den Zustrom von Arbeitskräften aus der EU begrenzen. Die Leader, wahrscheinlich um die Einhaltung der bilateralen Abkommen bestrebt, sind anderer Meinung. Es sei daran erinnert, dass in Sophia 2008 neun von zehn Leadern beteuerten, die ausländischen Arbeitskräfte seien ein Vorteil für die Schweiz, gegenüber nur 54% der Bevölkerung. Die Meinungen

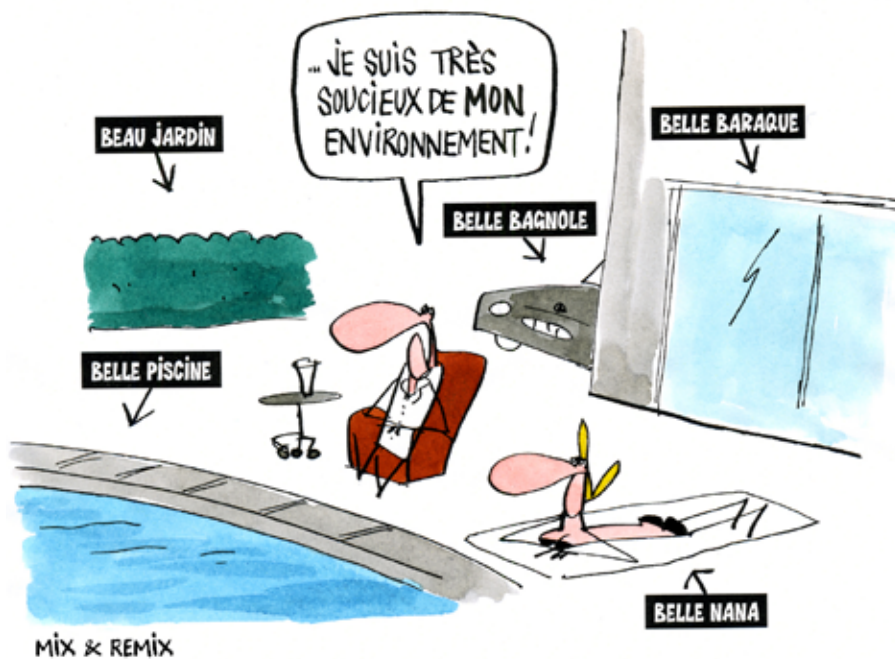
DA DIE KRISE NICHT ÜBERMÄSSIG BEUNRUHIGT HAT, WIRD DIE MEDIENBERICHTERSTATTUNG ALS ÜBERTRIEBEN ANGESEHEN.

haben die Zeit also überdauert und die Krise hat sie nicht wirklich beeinflusst. Was wird jetzt weiter passieren? Für ein Drittel der Leader und ein Viertel der Bevölkerung hat die Schweiz gute Chancen auf eine wirtschaftliche Erholung, aber der Wohlstand wird nicht mehr sein, was er einmal war. Diese Einschätzung, obschon eindeutig nur eine Minderheit sie teilt, lässt auf echte Beunruhigung schliessen, und zwar mehr der

Linken als der Rechten. Man beachte, dass die Bevölkerung sich hier weniger pessimistisch zeigt als die Leader. Welches sind die Stärken der Schweiz nach dem Sturm? Nach wie vor ihre politische Stabilität, erklären sieben von zehn Personen, und für 38% ist diese Stärke die grösste. Weitere kürzlich durchgeführte repräsentative Studien bestätigen diese Einschätzung. Nicht unwichtig sind jedoch auch der gesunde Arbeitsmarkt und die Qualität des Bildungssystems der Schweiz. In diesem Kontext, in dem die Schweiz weiterhin klare Stärken aufweist, möchten die meisten bei der Besteuerung den Status quo erhalten, wenn auch 41% der Leader und 37% der Bevölkerung einen schlanke- ren Staat und niedrigere Abgaben möchten. Befürworter von Steuererhö- hungen gibt es nur sehr wenige, und sogar links im politischen Spektrum bilden sie keine Mehrheit.

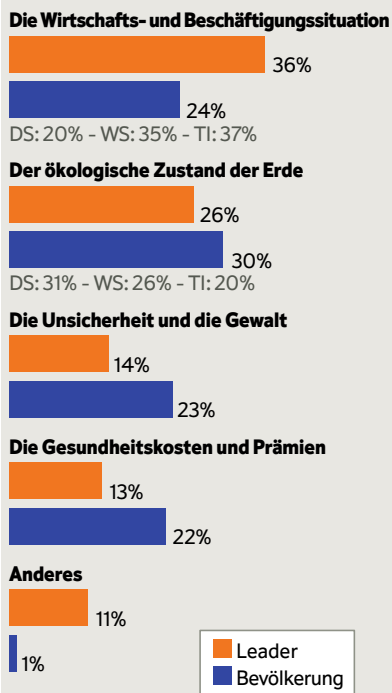
Das Überleben des Liberalismus. Erlebt die Schweiz die letzten Tage des Wirt- schaftliberalismus? Nein, bestätigt die Mehrzahl der Befragten, obschon 45% der Bevölkerung zu mehr staatlichen Interventionen neigen, an die sie übri- gens nicht wirklich glaubt. Diese Art der Einmischung überzeugt nur 28% der Leader, während ein Drittel im Gegenteil einen entschlosseneren Liberalismus wünscht und 41% mit der derzeitigen Lage zufrieden sind. Hier besteht also ein echter Unterschied zwischen den beiden befragten Zielgruppen, wahr- scheinlich weil das Vertrauen der Bevöl- kerung in die Wirtschaft viel mehr erschüttert ist als das der Leader, wie sich weiter unten noch zeigen wird. Ver- gleicht man diese Antworten mit jenen in Sophia 1999, kann man ausserdem beobachten, dass sich von den Leadern heute 10% mehr zu staatlichen Eingrif- fen bekennen, und 15% mehr denken, dass diese wahrscheinlich kommen werden. Nach der Krise flösst der Libe- ralismus heute also weniger Vertrauen ein.

Auf die direkte Frage, ob die Krise das Ende des Liberalismus bedeuten wird, oder ob sie ihn nur vorübergehend mä- ssigt, sind drei Viertel der Leader und der Bevölkerung überzeugt, dass er noch gute Zeiten vor sich hat. ○



DIE UMWELT BEUNRUHIGT DIE BEVÖLKERUNG MEHR ALS DIE WIRTSCHAFTSKRISE!

• Welches der folgenden 4 Probleme beunruhigt Sie am meisten?

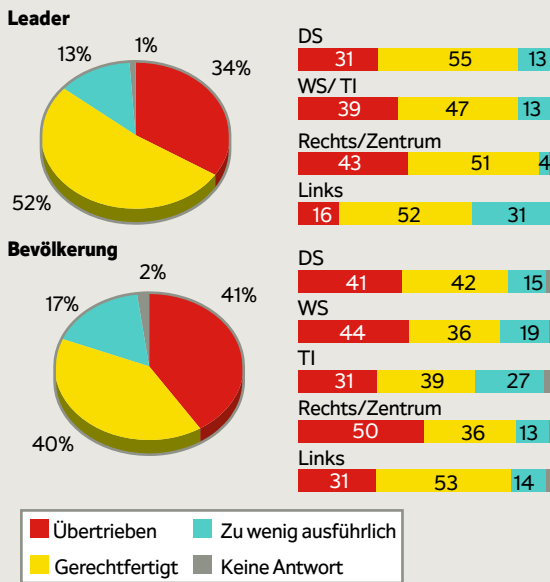


Die Umwelt beunruhigt die Bevölkerung mehr als die Wirtschaftskrise! Bei den Leadern steht die Wirtschaftskrise zuoberst auf der Sorgenliste, deutlich vor der Umwelt, die vor der Unsicherheit und den Gesundheitskosten rangiert. Die politischen Leader beunruhigt die Krise mehr als die Wirtschaftsleader (46% gegenüber 39%). Die Umwelt macht der Linken mehr zu schaffen als der Rechten/Mitte (44% gegenüber 15%) und mit der Unsicherheit ist es umgekehrt (3% gegenüber 20%). Die Bevölkerung ist dagegen zuerst um den ökologischen Zustand der Erde besorgt, danach folgen Wirtschaftskrise, Gewalt und Gesundheitskosten etwa gleichauf. Für Romands und Tessiner hat die Wirtschaftslage Priorität (35% und 37%), aber nur 20% der Deutschschweizer gewichten gleich, während die übrigen der Zustand der Erde mehr beunruhigt.

6 | ERHEBUNG

ÜBERTRIEBENE PRÄSENZ DER KRISE IN DEN MEDIEN

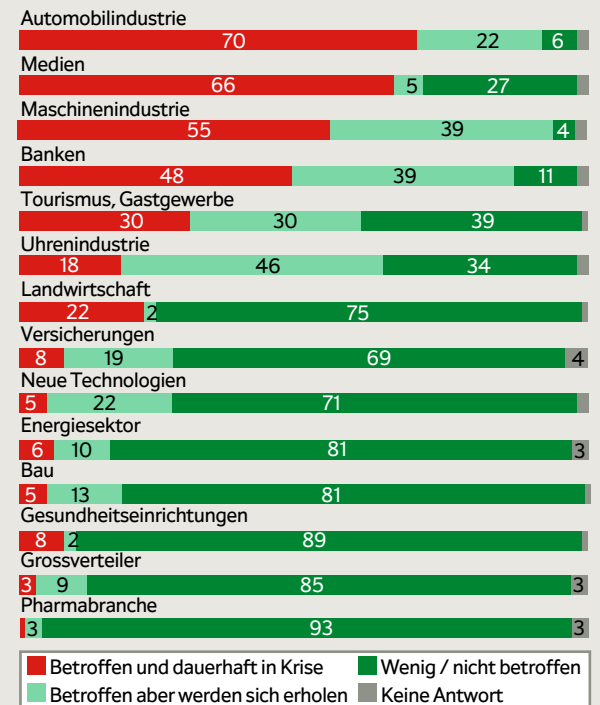
• Wie beurteilen Sie die Präsenz der Krise in den Medien in der Schweiz?



Ein Drittel der Leader und 41% der Bevölkerung haben die Medienberichterstattung über die Krise als übertrieben empfunden, während sie für weniger als 13% bzw. 17% nicht ausführlich genug war. Übertrieben empfanden sie vor allem Westschweizer und Tessiner Leader (39%) und die Rechte/Mitte (43%), während 30% der Linken mehr gewünscht hätten. Die Wirtschaftsleader bedauern die Übertreibungen mehr als die politischen Leader (40% gegenüber 33%). Die Bevölkerung der Romandie unterscheidet sich nicht von den Deutschschweizern (41% bzw. 44% finden, es sei zuviel berichtet worden), während die Tessiner (27%) und die Linke (29%) der Krise eine stärkere Medienpräsenz wünschten.

WIRTSCHAFTSBRANCHEN VON DER KRISE UNTERSCHIEDLICH STARK BETROFFEN

• Wie stark hat sich die Krise auf die nachfolgenden Branchen ausgewirkt und wie rasch werden sich diese erholen?



Auf den meisten genannten Gebieten relativieren die Deutschschweizer die Auswirkungen der Krise mehr als die Westschweizer und Tessiner, während die Beurteilung bei den Leadern der Linken und der Rechten/Mitte ähnlich ausfällt. In Bezug auf die Maschinenindustrie machen sich die international tätigen Wirtschaftsleiter grössere Sorgen.

DIE BANKEN SIND EBENSO SCHULD WIE DIE USA!

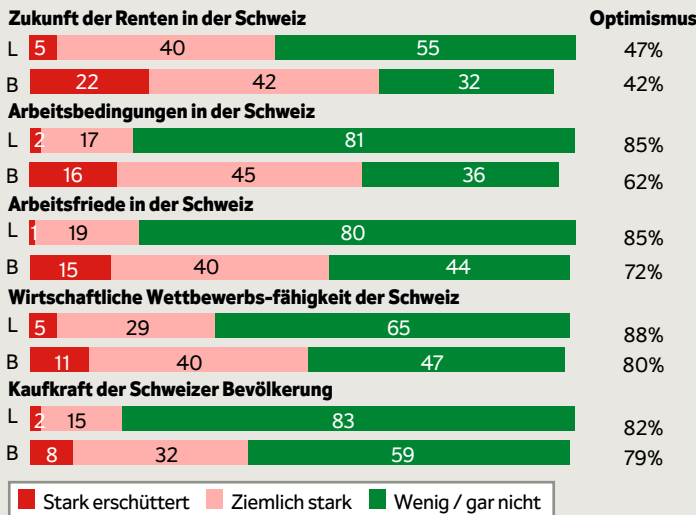
• Welche drei Faktoren sind Ihres Erachtens hauptverantwortlich für die jüngste weltweite Krise?



Für fast acht von 10 Leadern sind die Banken ebenso für die Krise verantwortlich wie die USA, die es zur Subprime-Krise haben kommen lassen. Die jüngeren Leader sind weniger streng mit den Banken als die älteren (68% gegen 83%). Die Rechte/Mitte klagt die USA mehr an als die Linke (86% gegenüber 58%), welche ihrerseits ganz allgemein die Wirtschaft beschuldigt.

DIE KRISE HAT DIE ZUKUNFT DER RENTEN UND DIE ARBEITSBEDINGUNGEN MEHR ERSCHÜTTERT ALS DIE WIRTSCHAFTLICHE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT ODER DIE KAUFKRAFT DER SCHWEIZER.

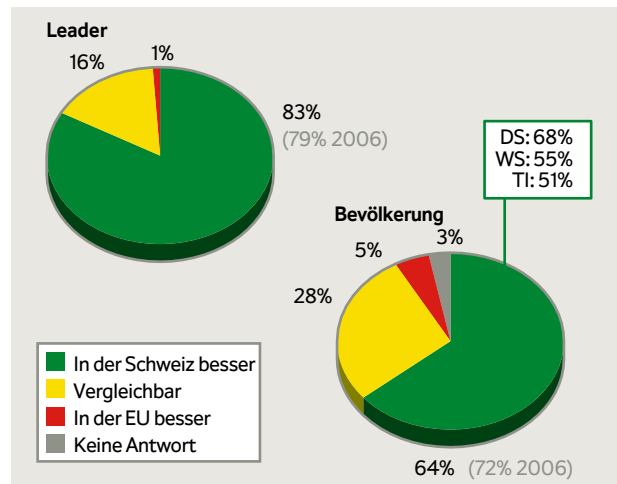
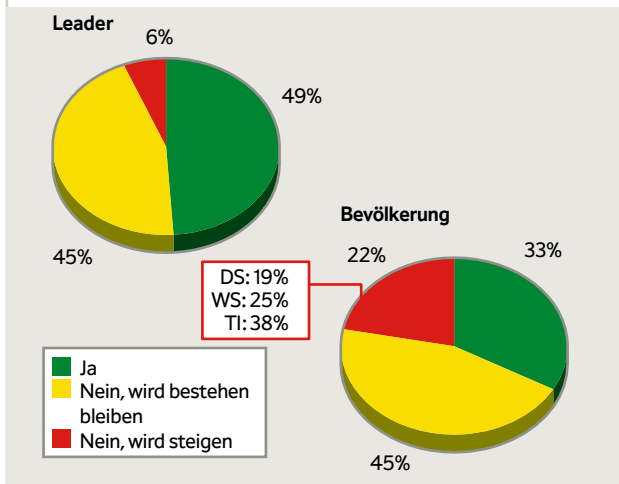
- Wie stark wurden Ihres Erachtens die folgenden Elemente durch die Krise erschüttert? Sind Sie, was deren Entwicklung betrifft optimistisch?



Die Leader aus der Westschweiz und dem Tessin urteilen pessimistischer als die Deutschschweizer über die Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit (44% gegenüber 29%) und die Kaufkraft der Schweizer (30% gegenüber 10%) durch die Krise. Jene der Linken beklagen besonders den Einfluss auf die Arbeitsbedingungen in der Schweiz. In der Bevölkerung beunruhigt die Zukunft der Renten Frauen mehr als Männer (69% gegenüber 58%), Aktive mehr als Ältere (68% gegenüber 53%), Tessiner mehr als Romands oder Deutschschweizer (79% gegenüber 73% und 60%) und die Linke mehr als die Rechte/Mitte (70% gegenüber 58%). Die Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen werden besonders von den Frauen, der lateinischen Schweiz und der Linken hervorgehoben, während die Meinungen durch alle Altersklassen konstant bleiben.

WIE GEHT ES DEM SCHWEIZER ARBEITSMARKT?

- Glauben Sie, dass die Arbeitslosigkeit in der Schweiz in den kommenden 3 Jahren wieder auf einen Wert von rund 3%, wie vor der Krise, sinken wird?
- Glauben Sie, dass in 3 Jahren die Lage auf dem Arbeitsmarkt in der Schweiz besser, vergleichbar oder in der EU besser sein wird?

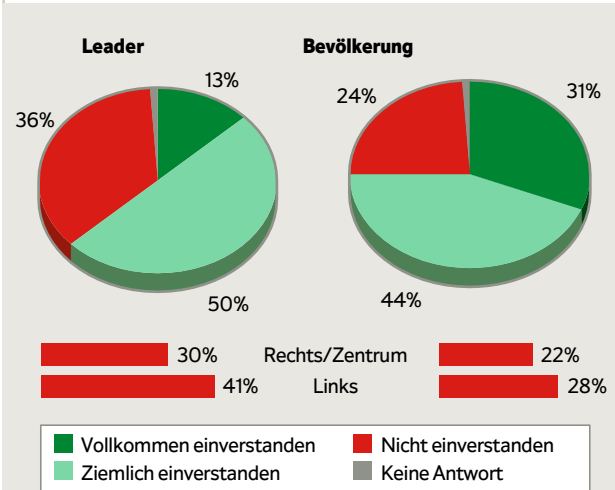


Die Hälfte der Leader und ein Drittel der Bevölkerung sehen die Erholung des Arbeitsmarkts optimistisch. Die Bevölkerung des Tessins und der Westschweiz hat jedoch deutlich mehr Bedenken als jene in der Deutschschweiz. Seit vier Jahren sind konstante rund 80% der Leader der Meinung, die Schweiz bleibe gegenüber den EU-Ländern privilegiert. In der Bevölkerung wächst dagegen mit 28%

der Nennungen gegen nur 20% vor vier Jahren das Gefühl, die Privilegierung der Schweizer schmelze dahin. Die drei Sprachregionen, die 2008 fast dieselbe Wahrnehmung hatten, unterscheiden sich heute merklich: nur 51% Tessiner und nur 55% der Romands gegenüber 68% der Deutschschweizer betrachten sich als privilegiert.

DIE HOFFNUNG AUF ANHALTENDEN WOHLSTAND

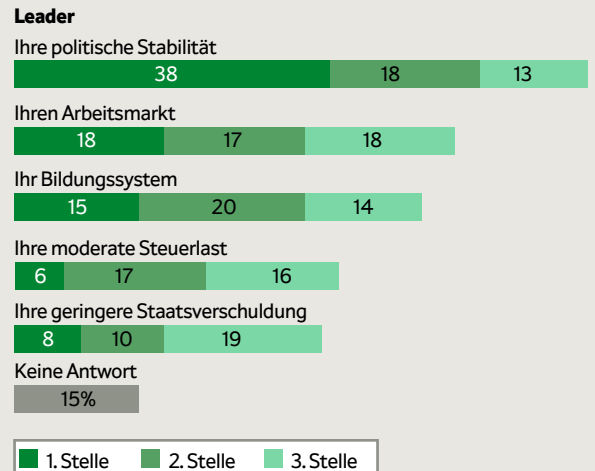
• Der Schweiz geht es nach wie vor gut und das wird so bleiben?



Für zwei Drittel der Leader und drei Viertel der Bevölkerung geht es der Schweiz noch sehr oder ziemlich gut. Die übrigen, und besonders die Linke, zweifeln, dass es ihr in der Zukunft noch so gut gehen wird wie heute. Grosser Konsens besteht hier bei den Leadern, von denen keine Gruppe durch spezifische Ansichten auffällt. Die Meinungen der Bevölkerung weichen kaum voneinander ab, doch die Pessimisten sind etwas zahlreicher bei den Aktiven (25% gegenüber 20%), den Romands (28% gegenüber 23%) und den Haushalten mit bescheidenem Einkommen (28% gegenüber 21%). Auch neigen jüngere Leader eher zur Befürchtung, dass die Schweiz nicht mehr die glücklichen Tage von früher erleben wird (43% gegenüber 31%).

DIE HAUPTSTÄRKE DER SCHWEIZ BLEIBT DIE POLITIK

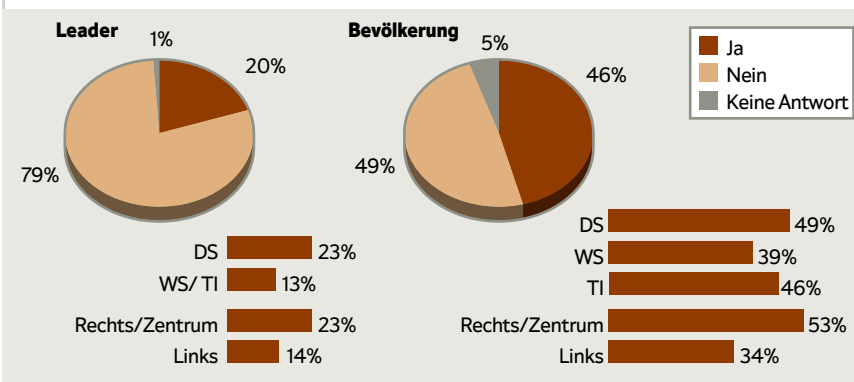
• Welche der nachfolgenden Stärken der Schweiz erachten Sie derzeit als die wichtigste?



Die Leader setzen die politische Stabilität des Landes eindeutig auf Platz eins: 38% sehen darin die Hauptstärke, besonders die Wirtschaftsleader und die Rechte. Zwei andere Stärken folgen gleichauf: der Arbeitsmarkt der von 18% zuerst genannt wird (insbesondere 44% der im Inland aktiven Wirtschaftsakteure) sowie das leistungsfähige Bildungssystem mit 15% Erstnennungen (insbesondere 22% der Westschweizer und Tessiner und 26% der Linken). Die geringe öffentliche Verschuldung sowie die moderate Besteuerung werden schliesslich nur von 8% (aber von 15% der im Ausland aktiven Wirtschaftsakteure) beziehungsweise 6% der Befragten zitiert.

DIE RÜCKKEHR ZUR KONTINGENTIERUNG IST FÜR DIE BEVÖLKERUNG RECHT VERLOCKEND

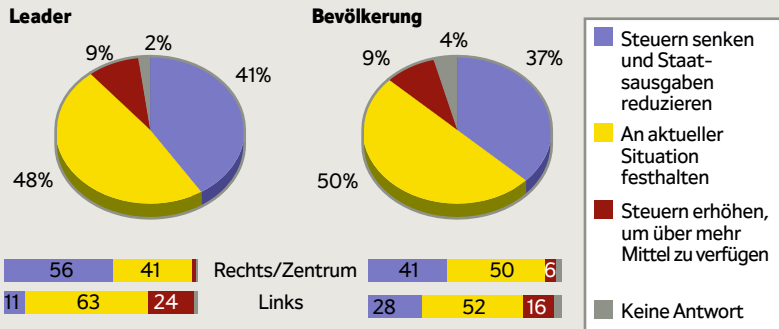
• Finden Sie, dass der Bundesrat angesichts der heutigen Krise die Kontingentierung von Arbeitskräften aus der EU wieder einführen sollte?



Während 79% der Leader dagegen sind, hält fast die Hälfte der Bevölkerung die Kontingentierung von Arbeitskräften für eine gute Idee, wobei die Romands mit nur 39% dafür weniger aufgeschlossen sind als die Tessiner mit 46% und die Deutschschweizer mit 49%. In beiden Zielgruppen ist die Rechte/Mitte eher dafür als die Linke.

VOR ALLEM NICHT DIE STEUERN ERHÖHEN

• Wie muss der Staat das Steuerwesen ändern damit die Schweiz wirtschaftlich wettbewerbsfähig bleibt?



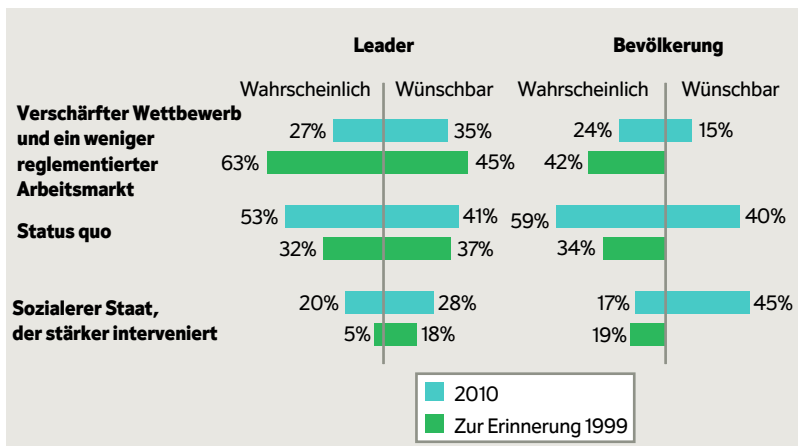
Was die Besteuerung angeht, empfehlen die Hälfte der Leader und der Bevölkerung die Beibehaltung der derzeitigen Politik, während 4 von 10 eine gleichzeitige Senkung von Steuern und Staatsausgaben befürworten. Nur 9% der Befragten beider Zielgruppen möchten dem Staat zusätzliche Mittel geben. Bei den politisch links stehenden Befragten sind es 24% der Leaders und 16% der Bevölkerung.

MEHR ODER WENIGER LIBERALISMUS IN DER SCHWEIZ?

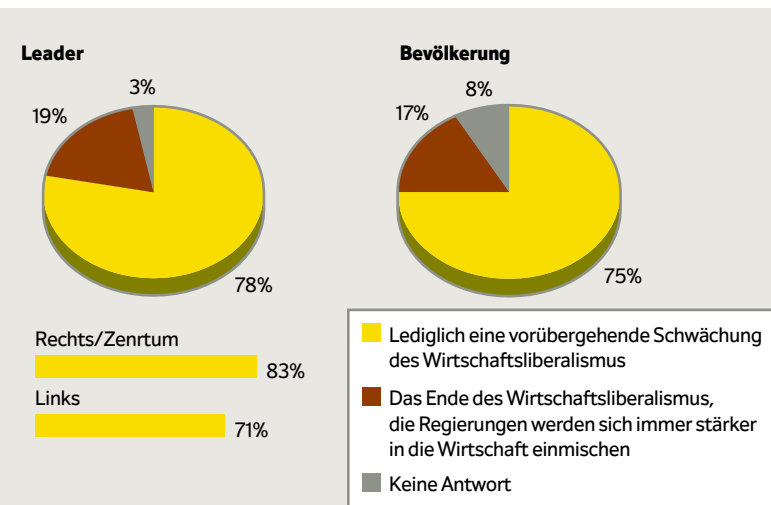
• Wahrscheinliche und wünschbare Perspektiven für die Schweizer Wirtschaft in 5 Jahren?

Gut ein Drittel der Leader wünscht sich einen liberaleren Markt, während 19% im Gegenteil mehr staatliche Intervention befürworten. In der Bevölkerung sind diese Anteile 15% respektive 45%, was ein Verlust an Vertrauen in den Liberalismus im Zuge der Krise anzeigt. Etwas mehr als ein Drittel der beiden Zielgruppen finden das aktuelle Gleichgewicht jedoch gut. Diese Meinungen haben sich seit Sophia 1999, als der Liberalismus noch deutlich mehr Vertrauen einflösste, gewandelt. Einer von fünf Leaders der Rechten sieht mehr Interventionismus voraus, den er natürlich nicht wünscht, während die Linke, die ihn erwünscht, nicht daran glaubt.

Die Bevölkerung schliesslich ist mehrheitlich der Meinung, dass die Zukunft ziemlich ähnlich sein wird wie die Gegenwart (59%) oder sogar liberaler (24%), während die Leader mit 53% und 27% kaum weniger kategorisch sind. Auf die direktere Frage nach einem möglichen Ende des Liberalismus zeigten sich Leader der Linken und der Rechten (83% und 71%) und auch die Bevölkerung vom Gegenteil überzeugt. Bei Letzterer sind Männer mehr überzeugt als Frauen (81% gegenüber 69%), unter 45-Jährige mehr als Ältere (80% gegenüber 70%) und gut situierte Haushalte mehr als bescheidene (81% gegenüber 66%).



• Bedeutet die Wirtschaftskrise das Ende des Wirtschaftsliberalismus oder lediglich eine vorübergehende Schwächung?



Obschon sie das Vertrauen in die Banken verloren haben, unterstützen die Schweizer mehrheitlich das Bankgeheimnis. Alle, Leader und Bevölkerung, sind überzeugt, dass aus der Krise keine Lehren gezogen werden.

2 Die Finanzkrise Das Ende einer Epoche?

MARIE-HÉLÈNE MIAUTON

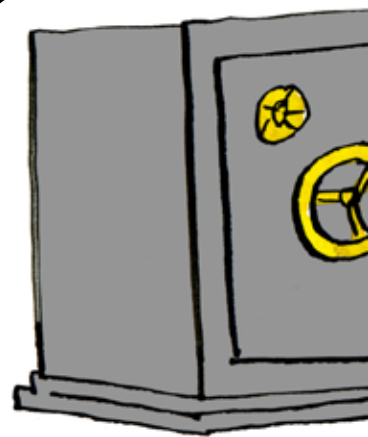
Die Wirtschaftskrise scheint wenig Eindruck gemacht zu haben, aber wie steht es mit der Finanzkrise? Hat sie das legendäre Vertrauen der Schweizer in ihre Banken erschüttert? Den Leadern zufolge ist es tatsächlich so, und zwei Drittel glauben sogar, dass es ein echter Schock war, von dem sie sich in den nächsten Jahren nicht erholen werden. Zum Glück mildern die Hauptbetroffenen dieses schwerwiegende Urteil: 39% der Bevölkerung bestätigen, ihr Vertrauen wirklich verloren zu haben, ebenso viele sind, wie sie sagen, „ziemlich“ erschüttert und 21% „nicht wirklich“! Die Studie, die M.I.S Trend für die Schweizer Bankiervereinigung alljährlich durchführt, zeigt noch positivere Ergebnisse zu den Schweizer Bankinstituten im Allgemeinen, mit 31% positiven Meinungen, statt wie hier 21%. Die Bevölkerung hätte ihr Urteil also je nach Institut abgestuft, statt alle in einen Topf zu werfen oder wegen ein paar schwarzen Schafen den ganzen Berufsstand zu verurteilen. Dennoch werden die Folgen nicht unerheblich sein, da die Hälfte der breiten Öffentlichkeit bestätigt, sie werde ihr Vertrauen nicht so bald zurückgewinnen.

Die Reaktionen auf die notwendige, aber schmerzhafteste Rettung der UBS sind kontrastreich. Nur 28% der Leader (41% bei jenen der Linken), aber 52% der Bevölkerung, unabhängig von ihrer politischen Orientierung, stellen sie in Frage. Die Frauen zeigen sich am meisten schockiert, während die Jungen das Vorgehen anscheinend besser akzeptiert haben. Andererseits ist eine

immense Mehrheit der Leader und der breiten Öffentlichkeit klar der Ansicht, der Bundesrat hätte die Krise des Bankgeheimnisses voraussehen und nicht erst reagieren sollen, als es schon zu spät war. In der oben erwähnten SBV-Studie engagiert sich die offizielle Schweiz nach Meinung von 40% der Bevölkerung nicht genug für die Verteidigung des Bankgeheimnisses, und 70% finden, sie dürfe dem äusseren Druck nicht nachgeben. Das passt wieder zu Sophia 2010, wo die Hälfte der Leader und 60% der Bevölkerung retten wollen, was noch zu retten ist, statt auf das Bankgeheimnis einfach zu verzichten. Nicht überraschend unterscheiden sich die Meinungen der Linken und der Rechten/Mitte in den beiden Zielgruppen noch einmal sehr stark, es ist dies eine der tiefsten politischen Spaltungen der Umfrage.

Desillusionierter Konsens. Es gibt jedoch eine Meinung, die von der Mehrheit geteilt wird, nämlich dass die Akteure der Finanzwirtschaft keine Lehren aus der Krise ziehen werden und alles von vorn beginnt, wenn nicht der Staat sich einmischt. Alle sehen es ähnlich, ob Rechte oder Linke, Männer oder Frauen, Tessiner, West- oder Deutschschweizer, und nur 10% denken, die Finanzwelt habe ihre Lektion gelernt. Endlich ein echter Konsens im Realismus, wahrscheinlich ein wenig desillusioniert! In einer ähnlichen Studie mit Leadern aus 22 Ländern zeigten sich 68% der Leader aus der EU und 74% in Frankreich überzeugt, man werde schon bald zum „business as usual“ übergehen!

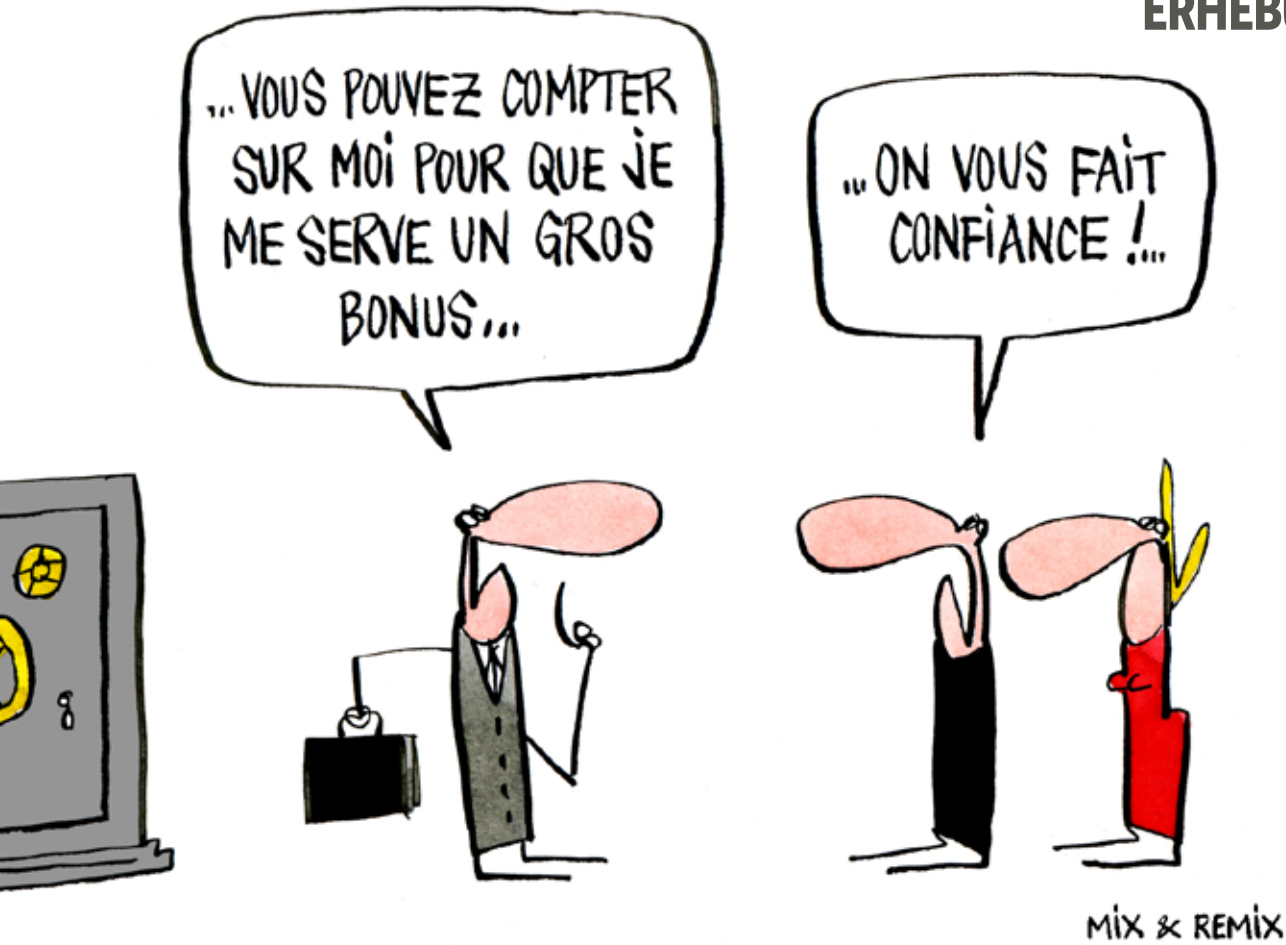
LA CONFIANCE
REVIENT...



Es erstaunt also nicht, dass die Bevölkerung die in der Umfrage vorgeschlagenen Massnahmen billigt, die vermeiden sollen, dass alles wieder von vorn beginnt, und sie alle ausnahmslos befürwortet, von der stärkeren Überwachung der Banken durch den Staat, der Begrenzung der Finanzinstitute und der Kontrolle und Besteuerung der Boni bis zur besseren Einbeziehung der Aktionäre. Das gleiche gilt für die Leader, ausgenommen bei der Begren-

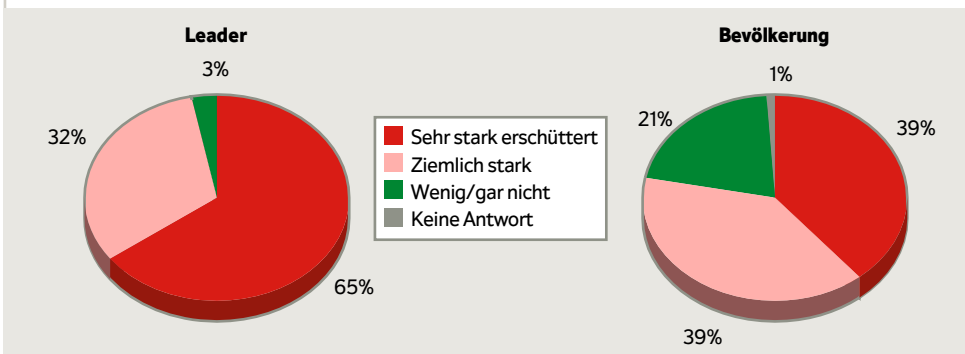
**70% DER BEVÖLKERUNG FINDEN,
DIE SCHWEIZ DÜRFE DEM ÄUSSEREN
DRUCK NICHT NACHGEBEN.**

zung der Gehälter von Führungskräften, die knapp abgelehnt wird. Der Hauptunterschied zwischen den beiden Zielgruppen liegt bei der Begrenzung der Gehälter der Führungskräfte, der die Bevölkerung weitgehend zustimmt, aber nur die Hälfte der Leader, eher die Westschweizer und Tessiner und vor allem die Linke. ◦



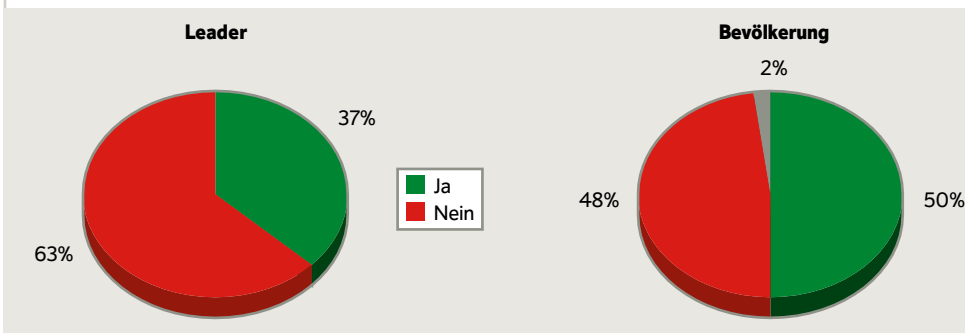
DAS VERTRAUEN IN DIE BANKEN IST IN DER BEVÖLKERUNG WENIGER ERSCHÜTTERT

• Wurde das Vertrauen der Schweizer Bevölkerung in ihr Finanzsystem und ihre Banken durch die Krise erschüttert?



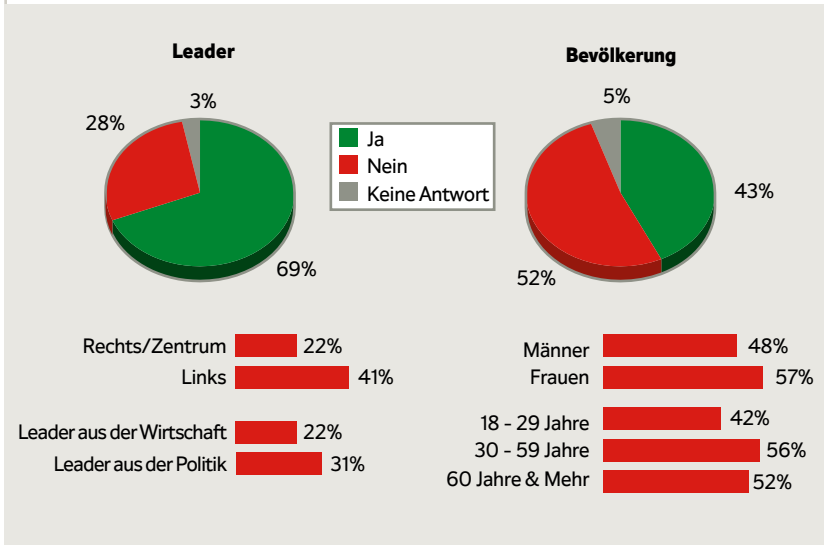
Die Leader der Linken sind besonders überzeugt (73%), dass die Bevölkerung das Vertrauen in ihre Banken verloren hat, und 76% fürchten zudem, dies bleibe auf Dauer so. Bei der Rechten sind es 59% und 53%. Die Bevölkerung, für die sie sprechen, äussert sich nuancierter, und die ausgeprägte Links/Rechts-Spaltung existiert dort nicht.

• Wird das Vertrauen in den nächsten 3 Jahren



UBS: EINE UMSTRITTENE RETTUNG

• Sind Sie mit der Rettung der UBS durch den Staat einverstanden?

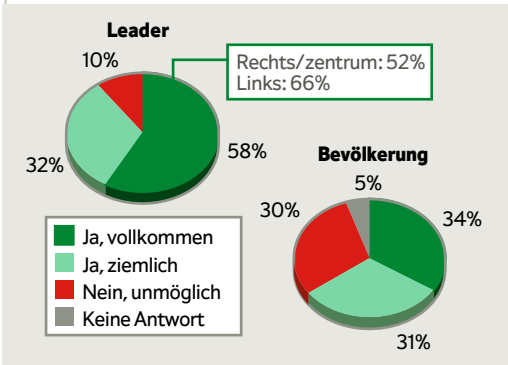


In der Frage der Rettung der UBS durch den Staat sind die Leader der Rechten und der Linken uneins: 22% der Rechten und 41% der Linken kritisieren das Prinzip. Unabhängig von der Untergruppe ist allerdings die Mehrheit überzeugt, dass es unmöglich war, etwas anderes zu tun. In der Bevölkerung sind die Meinungen sehr geteilt und eher negativ. Besonders ausgeprägt sind die Vorbehalte bei den Frauen (57% gegenüber 48% der Männer) und in der Altersklasse der 30- bis 59-Jährigen (56%, gegenüber 42% bei den Jüngeren und 52% bei den Älteren).

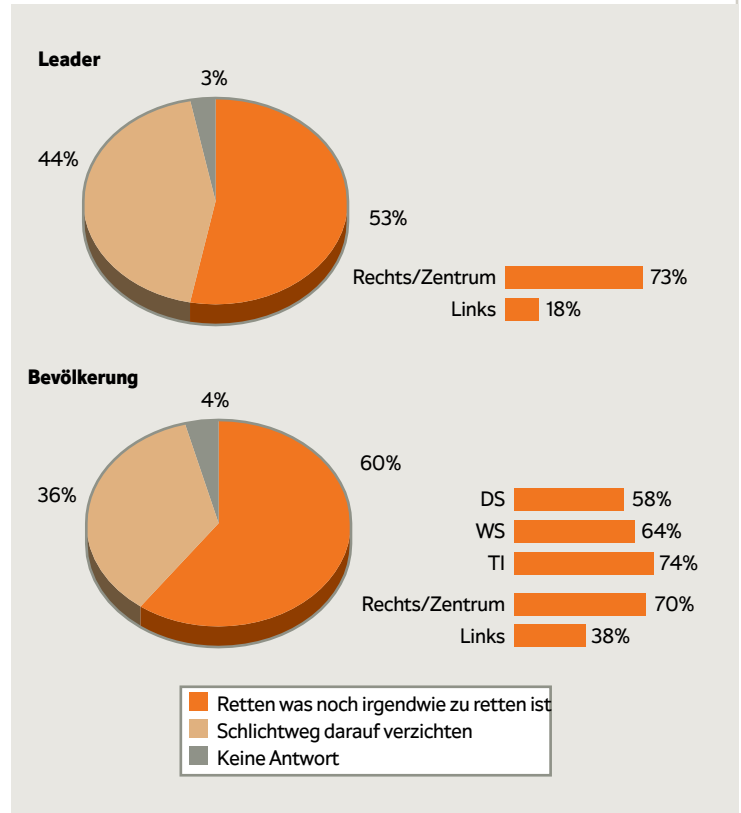
DAS BANKGEHEIMNIS MUSS GERETTET WERDEN

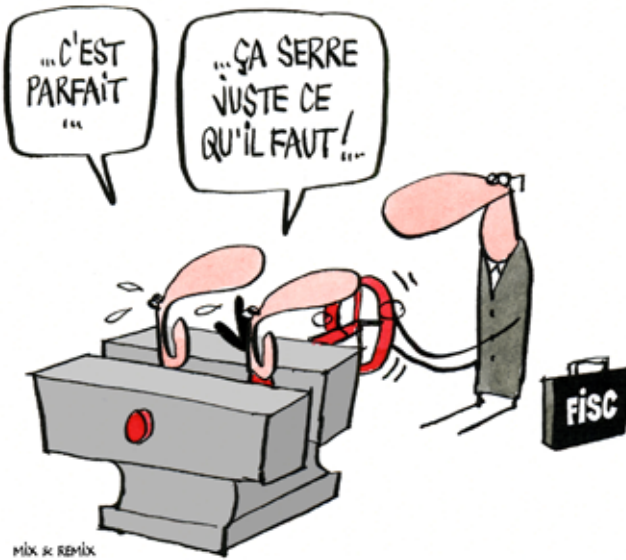
• Hätte der Bundesrat die Krise ums Bankgeheimnis voraussehen können?

• Sollte versucht werden das Bankgeheimnis zu retten?



Neun von zehn Leader und 65% der breiten Öffentlichkeit, ob politisch rechts (87% und 62%) oder links orientiert (93% und 69%), sind überzeugt, dass der Bundesrat die Krise des Bankgeheimnisses hätte voraussehen können. Genau umgekehrt sind die Meinungen was die Notwendigkeit angeht, in Sachen Bankgeheimnis zu retten, was noch irgendwie zu retten ist, bei den Leadern der Rechten/Mitte und der Linken (73% bzw. 18%) und bei der Bevölkerung (70% bzw. 38%), wo die Deutschschweizer einer Rettung um jeden Preis weniger zustimmen als die Westschweizer und Tessiner (58% bzw. 64% und 74%).





DER FINANZWELT NUN GRENZEN SETZEN?

• Sind Sie mit den folgenden, durch die Krise bestimmten, Massnahmen einverstanden?

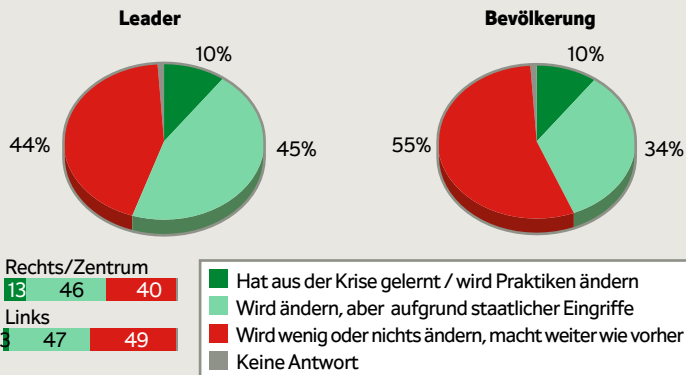
| Strengere Kontrolle der Banken durch den Staat | | |
|--|----|----|
| Leader | 85 | 12 |
| Bevölkerung | 85 | 13 |
| Stärkeres Mitspracherecht der Aktionäre | | |
| Leader | 81 | 9 |
| Bevölkerung | 76 | 16 |
| Kontrolle und Besteuerung der Boni | | |
| Leader | 66 | 29 |
| Bevölkerung | 84 | 14 |
| Grössenbegrenzung der Finanzinstitute | | |
| Leader | 53 | 38 |
| Bevölkerung | 71 | 23 |
| Obergrenze für Managerlöhne | | |
| Leader | 49 | 44 |
| Bevölkerung | 78 | 19 |

■ Einverstanden
■ Nicht einverstanden
■ Keine Antwort

In der Frage, ob die Gehälter der Führungskräfte begrenzt werden sollten, sind Leader und Bevölkerung uneins, mit 49% Zustimmung bei den einen (57% der Westschweizer und Tessiner und 80% der Linken) und 78% bei der anderen (insbesondere 86% der Frauen und der Linken). Allen weiteren vorgeschlagenen Massnahmen stimmen die Leader und mehr als 70% der Bevölkerung zu. In der breiten Öffentlichkeit signalisieren die Deutschschweizer durchwegs mehr Zustimmung zu den formulierten Vorschlägen. Auch die Linke zeigt mehr Begeisterung, ausser bei der Einbeziehung der Aktionäre, die bei der Rechten und den Männern besser ankommt. Die Frauen sind von der Grössenbegrenzung der Finanzinstitute sehr überzeugt. Bei den Leadern zeigt sich eine starke Spaltung insbesondere bei der Grössenbegrenzung der Banken, die von drei Vierteln der Linken, aber nur 40% der Rechten/Mitte gutgeheissen wird.

DER STAAT MUSS EINGREIFEN, DAMIT NICHT ALLES WIEDER WIRD WIE ZUVOR...

• Hat die Finanzwelt aus der Krise gelernt oder werden die alten Praktiken wieder Einzug halten?



Die gleiche Anzahl Leader meint, die Finanzwelt werde sich in Zukunft nicht ändern (44%), oder sie ändere sich nur unter dem Zwang staatlicher Eingriffe (45%), während nur 10% glauben, sie habe aus der Krise gelernt. Die politischen Leader glauben eher an die Wirkung ihrer eigenen Interventionen als es jene der Wirtschaft tun (58% gegenüber 42%) und jene der Linken fürchten mehr als die anderen einen Status quo, den sie zweifellos bedauern (49% gegenüber 40%). In der Bevölkerung zweifeln vor allem die Männer an einer Veränderung (62% gegenüber 49% der Frauen).

Der Bundesrat wird für die Behandlung der Krisen, die die Schweiz jüngst erschüttert haben, sehr scharf kritisiert. Doch weder Leader noch Bevölkerung stellen das politische System der Schweiz nachhaltig in Frage.

3 Politische Krise Viele Fehler, kaum Sanktionen

MARIE-HÉLÈNE MIAUTON

Die Behauptung, die Schweiz sei in ihren internationalen Beziehungen in letzter Zeit auf Schwierigkeiten gestossen, ist nicht übertrieben! Einige ergeben sich aus der Politik (die Libyen-Affäre und die Minarett-Abstimmung), andere haben mit Finanzfragen zu tun. Die Schweizer kritisieren den Umgang des Bundesrats mit diesen Schwierigkeiten allgemein sehr scharf. Die schwersten Vorwürfe sowohl der Leader als auch der Bevölkerung betreffen die Libyen-Affäre, mit der nur wenige Leader und kaum ein Fünftel der Bevölkerung zufrieden waren. Der Umgang mit den Folgen der Minarett-Abstimmung wurde deutlich positiver wahrgenommen: vier von zehn Leader und die Hälfte der Bevölkerung waren damit zufrieden. Wobei die Rechte im Allgemeinen weniger kritisch urteilt.

Im Finanzbereich wird das Management der UBS-Rettung von zwei Dritteln der Leader, aber nur von der Hälfte der Bevölkerung als gut beurteilt, wahrscheinlich, weil diese wie oben festgestellt das Prinzip weniger billigt. Schlechte Noten erhält der Bundesrat für die Steuerdossiers, besonders wegen der Herausgabe der Namen von UBS-Kunden in den

USA, die allen missfällt. Im Allgemeinen urteilen die Leader in all diesen technischen Fragen noch strenger als die Bevölkerung und die Linke ist kritischer als die Rechte/Mitte.

Es erstaunt also nicht, dass zahlreiche schwere Vorwürfe an den Bundesrat gerichtet werden, insbesondere, dass er unfähig sei, mit einer Stimme zu sprechen und sich mehr ums Tagesgeschäft kümmern statt um die Strategie. Weniger negativ werden die Unzulänglichkeit des Ratskollegiums für die Herausforderungen einer zunehmend raueren Welt, seine Schwäche oder seine Kampfbereitschaft beurteilt, doch die kritischen Stimmen bleiben sehr zahlreich. Zwischen der Bevölkerung und ihrer Regierung besteht also tatsächlich ein Unbehagen, wie die im April in der Illustré erschienene Cote d'amour (Beliebtheitsquote) des Bundesrates gezeigt hat, die mit nur 42% positiv eingestellten Bürgern den niedrigsten Wert seit der Einführung dieses Barometers 1992 erreichte.

Keine Volkswahl. Welche Massnahmen sind angesichts dieser Unzufriedenheit zu ergreifen? Zwei der vier im Fragebogen vorgeschlagenen können sich behaupten, nämlich die Ernennung eines bleibenden Präsi-

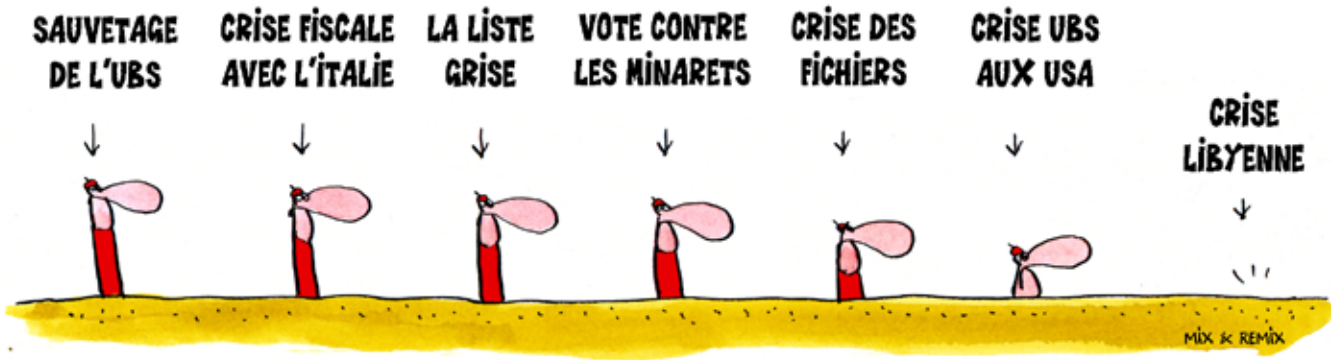
denten und die Schaffung einer unabhängigen Stabsstelle. Andererseits werden die beiden Reformen zur Änderung des Bundesratswahlsystems klar abgelehnt, ausser von den Tessinern, die mit 50% Zustimmung am ehesten dafür offen sind. Wahrscheinlich sehen sie darin eine Möglichkeit, im Kollegium häufiger vertreten zu sein.

Über den Bundesrat hinaus hat die Krise bei mehr als der Hälfte der Leader das Vertrauen in die politischen Institutionen selbst erschüttert. Diese Zahlen sprechen für sich selbst, doch ihr Gewicht wird dadurch gemindert, dass die Zustimmung mässig bleibt (Wirkungen eher ziemlich stark als sehr stark), und dass diese negativen Wirkungen nur von der Hälfte der Leader und von vier von zehn Befragten in der Bevölkerung für dauerhaft gehalten werden.

Politisches System. Weder Leader noch Bevölkerung wollen bei den Institutionen das Kind mit dem Bade ausschütten. In der Sophia-Barometerfrage wurde ihr Wunsch, das politische System der Schweiz zu verändern, im Vergleich zum letzten Jahr denn auch nicht wesentlich dringlicher und bleibt hinter den älteren Werten zurück. Andererseits ist die Begeisterung über die direkte Demokratie und den Föderalismus

ZAHLREICHE SCHWERE VORWÜRFE WERDEN AN DEN BUNDESRAT GERICHTET, INSBESONDERE SEINE UNFÄHIGKEIT MIT EINER STIMME ZU SPRECHEN

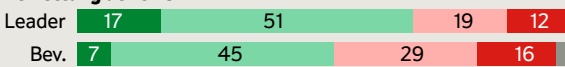
seit dem letzten Jahr leicht gesunken, vielleicht wegen der Abstimmung über die Minarette. Ausserdem sind die Leader weiterhin (allerdings ohne Veränderung) weniger von der Neutralität und der Miliz überzeugt, als die Bevölkerung, die sie weitgehend billigt, sogar über die Zahlen des Vorjahres hinaus. ○



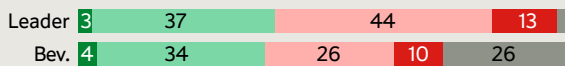
STRENGES URTEIL ÜBER DEN UMGANG MIT DEN JÜNGSTEN AUSSENPOLITISCHEN SCHWIERIGKEITEN

Abgesehen von der weltweiten Wirtschaftskrise sah sich die Schweiz auch mit Schwierigkeiten bei ihren internationalen Beziehungen konfrontiert. Geben Sie für jede der folgenden Schwierigkeiten an, ob sie von der Schweiz gut oder schlecht bewältigt wurde.

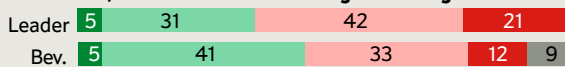
Die Rettung der UBS



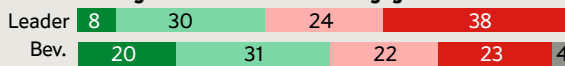
Die Steuerkrise mit Italien



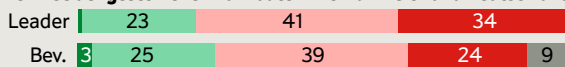
Das Problem, dass die Schweiz auf eine graue Liste gesetzt wurde



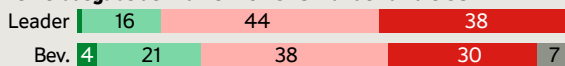
Der Abstimmungsentscheid der Schweizer gegen Minarette



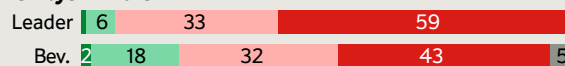
Die Krise der gestohlenen Bankdaten mit Frankreich und Deutschland



Die Herausgabe der Namen von UBS-Kunden an die USA



Die Libyen-Affäre



Mit der Handhabung der Libyen-Affäre durch den Bundesrat sind nur 7% der Leader einverstanden, sowie 20% der Bevölkerung, davon knapp 18% der Männer, 15% der Romands und 18% der Rechten/Mitte. Die Tessiner urteilen mit 27% positiven Meinungen milder.

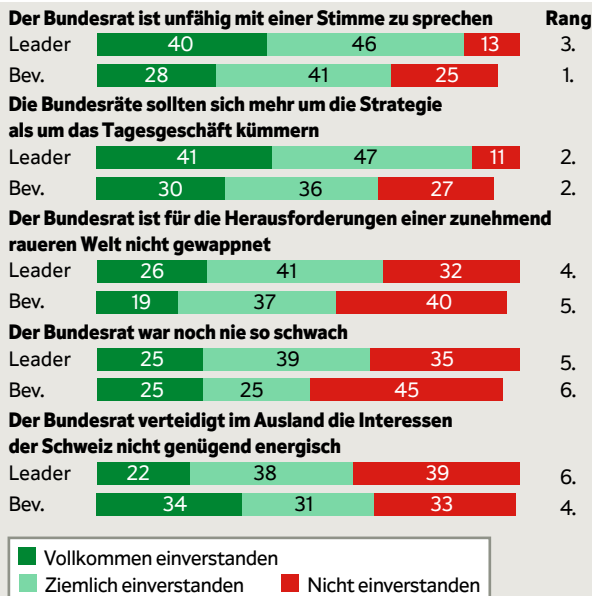
Den Umgang mit den Folgen der Minarett-Abstimmung beurteilen 38% aller Leader positiv, sowie 43% der unter 55-Jährigen, 50% der politisch rechts orientierten, 46% der Unternehmer und 59% der international aktiven.

Andererseits zeigt sich die Hälfte der Bevölkerung zufrieden, insbesondere in der Deutschschweiz (54%), der Mittelschicht (53%) und bei der Rechten (61%).

Auf dem Gebiet der Finanzangelegenheiten wird die Rettung der UBS von gut zwei Dritteln der Leader als gut beurteilt, im rechten Lager allerdings mehr (76%) als im linken (53%). In der Bevölkerung pfligten 52% dem Bundesrat bei, aber mehr Deutschschweizer und Tessiner (54%) als Westschweizer (45%). Die Behandlung anderer Dossiers im Zusammenhang mit dem Steuerwettbewerb war nach Einschätzung von Leadern und Bevölkerung ebenfalls nicht gut, wobei die Unzufriedenheit links immer grösser ist als rechts. Dabei werden die Steuerkrise mit Italien und der Eintrag der Schweiz auf der grauen Liste deutlich positiver beurteilt als die Datendiebstal-Affäre oder die den USA übergebenen Kundennamen, die beide, sowohl bei Leadern als auch bei Bevölkerung, Grund für sehr grosse Unzufriedenheit waren.

BUNDESRAT SCHARF KRITISIERT

• Kritik am Bundesrat

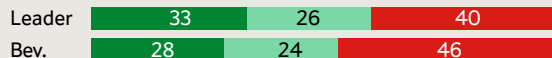


Beide befragten Stichproben stimmen allen ihnen unterbreiteten Vorwürfen an den Bundesrat zu. Zwei überzeugen sie jedoch besonders: seine Unfähigkeit, mit einer Stimme zu sprechen (86% der Leader und 69% der Bevölkerung) und seine Neigung, sich mehr ums Tagesgeschäft als um die Strategie zu kümmern (88% und 66%). Im Bezug auf die Frage, ob der Bundesrat für die Herausforderungen unserer Zeit gewappnet ist, oder wie schwach oder kämpferisch er sei, wird milder geurteilt, obschon auch hier die Kritik viel Zustimmung erhält. Ganz Allgemein, sowie auch nur in der Bevölkerung, sind die Jungen weniger kritisch als die Älteren, im Gegensatz zur Rechten, die weniger zufrieden ist. Bei den Leadern urteilen die Westschweizer und Tessiner, die Rechte und die Wirtschaft noch strenger als die anderen.

JA ZU EINEM PRÄSIDENTEN, NEIN ZUR VOLKSWAHL

• Reformvorschläge

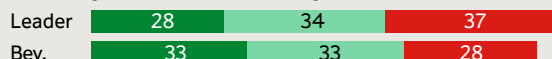
Einen Präsidenten über eine längere Zeit ernennen



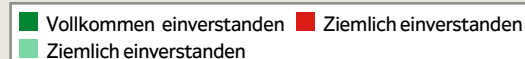
Wahl des Bundesrats durch das Volk



Schaffung einer departementsübergreifenden Stabsstelle



Wahl des Bundesrats anhand einer Liste aufgrund eins Programms

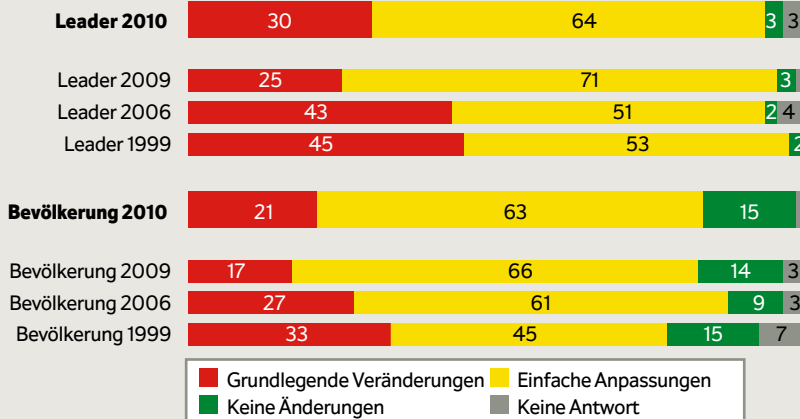


In der Bevölkerung missfällt die Idee eines bleibenden Präsidenten den Jungen recht deutlich (58% lehnen sie ab), gefällt aber den Romands (62% befürworten sie). Die Schaffung einer Stabsstelle wird einstimmig befürwortet. Die Wahl anhand einer Liste missfällt den Deutschschweizern (52% lehnen ab), gefällt aber den Tessinern (50% akzeptieren). Die Volkswahl ihrerseits findet nur bei den Jungen und den Tessinern einige Unterstützung (52% und 53%), während von der Linken nur 30% zustimmen. Die Idee, einen bleibenden Präsidenten zu ernennen und den Bundesrat anhand einer Liste zu wählen, findet Zuspruch bei den Leadern, den Jungen (65%, 42%), den Westschweizern und Tessinern (70%, 47%) und der Wirtschaft (62%, 40%). Die Schaffung einer Stabsstelle akzeptieren alle und besonders ausgeprägt die lateinische Schweiz (67%).

DAS SYSTEM UMBAUEN, OHNE ES ZU REVOLUTIONIEREN

• Benötigt das politische System der Schweiz Veränderungen?

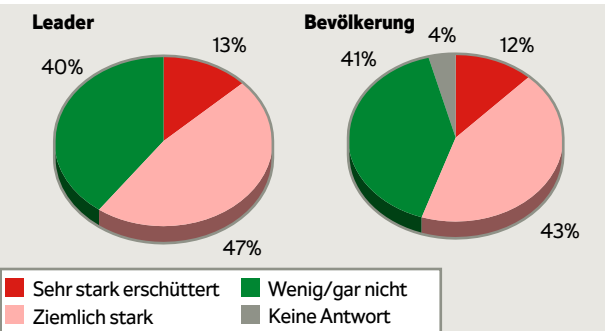
Der Wunsch nach einschneidenden Veränderungen ist bei den Leadern unbedeutend und auch in der Bevölkerung nur wenig ausgeprägt. Befürwortet werden solche Änderungen besonders von den Leadern der Linken (41%), sowie der apolitischen Bevölkerung (30%).



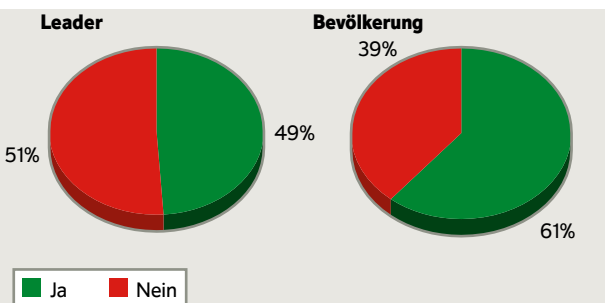
«Die Schweiz wird ihre grundlegenden Positionen auf politischer Ebene neu definieren und behaupten müssen. Sie wird die internationale Zusammenarbeit verstärken müssen. Für ein geeintes Bild des Landes müssen wahltaktische Überlegungen zurückgestellt und starke Persönlichkeiten eingesetzt werden und die demokratischen Grundrechte müssen hochgehalten werden. Wir brauchen eine „nationale“ Kommunikationsstrategie, und Wirtschaft und Politik müssen zusammenarbeiten.» **Aussage eines Leaders**

AUSWIRKUNGEN DER KRISE NICHT DAUERHAFT

• **Wurden die politischen Institutionen der Schweiz durch die Krise erschüttert?**



• **Wird das Vertrauen in den nächsten 3 Jahren zurückkommen?**

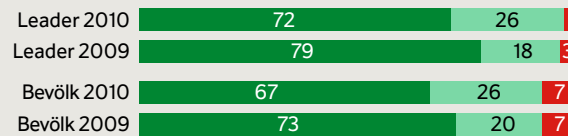


Nach Ansicht von 60% der Leader und 55% der Bevölkerung hat die Krise die politischen Institutionen erschüttert, wenn auch eher mässig: Der Effekt wird eher als „ziemlich“ denn als „sehr“ stark beurteilt. Die Westschweizer und Tessiner Leader (67%) sind mehr schockiert als die Deutschschweizer (55%) und jene der Mitte am wenigsten (50%). In der Bevölkerung gibt es keine signifikanten Unterschiede. Nur die Hälfte der Leader und 39% der Bevölkerung, ohne erhebliche strukturelle Unterschiede, halten die negativen Wirkungen für dauerhaft.

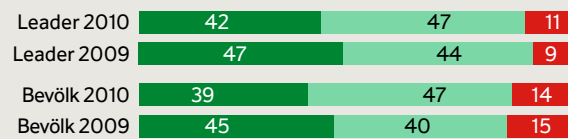
KEINE INFRAGESTELLUNG DER INSTITUTIONELLEN GRUNDSÄTZE

• **Welcher Wert wird den institutionellen Grundsätzen der Schweiz beigemessen?**

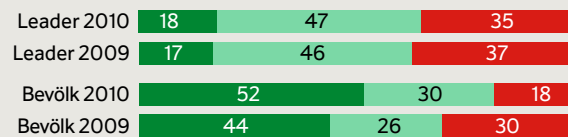
Die direkte Demokratie



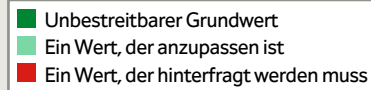
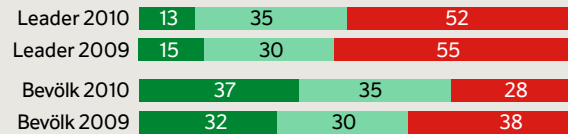
Der Föderalismus



Die bewaffnete Neutralität



Die Milizarmee



Die Begeisterung für die direkte Demokratie und den Föderalismus ist im Vergleich zum Vorjahr ein wenig gesunken. Die Leader sind von der Neutralität und der Milizarmee weiterhin weniger überzeugt als die Bevölkerung, welche sie weitgehend befürwortet, mit Werten von +12% bzw. +10% gegenüber dem Vorjahr.

Die SNB und die Firmenchefs erhalten von Leadern und Bevölkerung Zustimmung, während die Medien gerügt werden. Wirtschaft und Gewerkschaften hingegen werden unterschiedlich unterstützt.

4 Lehren aus der Krise

Vertrauensvotum für die einen, Misstrauensantrag für die anderen

MARIE-HÉLÈNE MIAUTON

Die Krise hat viel Vertrauen zerstört, war oft zu hören. Aber ist das ein allgemeines oder ein sektorielles Phänomen? Sind alle Institutionen des Landes betroffen oder sind es nur ein paar, die mehr Schuld tragen oder stärker exponiert sind? Zur Beantwortung dieser Frage mussten die Studienteilnehmer ihr Vertrauen in 19 ausgewählte Institutionen benoten, „zum Wohl der Gesellschaft zu handeln“. Zwei Bemerkungen drängen sich hier auf: Obschon die Ergebnisse insgesamt positiv ausfallen, kann sich niemand in Sicherheit wiegen, mit Ausnahme der SNB, die höchstes Vertrauen genießt. Das Vertrauen in die übrigen ist bestenfalls ziemlich hoch. Insgesamt haben die Leader mehrheitlich den Eindruck, 12 der 19 ausgewählten Institutionen handeln zum Wohl der Gesellschaft, und die Bevölkerung vertraut 15 Institutionen, wobei allerdings starke Minderheiten sich gegenteilig äussern. Von beiden befragten Zielgruppen mit über 75% am besten benotet werden die SNB, die KMU-Chefs, die Justiz, die kantonalen Behörden und die öffentliche Verwaltung. Zu dieser Gruppe sind auch die Konsumentenverbände zu zählen, die bei der Bevölkerung am besten abschneiden.

Eine zweite Gruppe, der bis zur Hälfte der Befragten vertraut und die von beiden Zielgruppen ähnlich eingestuft wird, bilden die Staatsbetriebe, der Bundesrat, die beiden Ratskammern, die Comco und die Arbeitgeberorganisationen. In dieser Gruppe erhalten die Wirtschaft im Allgemeinen und die Schweizer Grossunternehmen von den Leadern bessere Noten und die Bevölkerung benotet die NGO deutlich besser.

Die Gewerkschaften sind schwierig einzustufen, da die Leader sie auf den 18. und zweitletzten Platz setzen, mit nur 30% Vertrauen, während die Mehrheit der Bevölkerung ihnen vertraut und ihnen Platz 11 einräumt.

Vertrauen in die Unternehmen. Eine dritte Gruppe von Institutionen kommt bei Leadern und Bevölkerung mehrheitlich schlecht weg. Ihr gehören die europäischen Institutionen, die internationalen Unternehmen, die FINMA und die Medien an. Letzteren vertrauen nur 18% der Leader und 32% der breiten Öffentlichkeit, womit sie von beiden Zielgruppen auf den letzten Platz verwiesen werden.

Damit liegen die Ergebnisse von Leadern und Bevölkerung sehr nahe beieinander, mit Ausnahme von fünf Institutionen, welche die beiden Zielgruppen klar unterschiedlich benotet haben.

Dabei handelt es sich um die Verbraucherverbände, die bei der Bevölkerung Platz 1 belegen, bei den Leadern aber nur den 8. Platz. Ebenso die NGO mit Platz 7 bzw. 13, die Gewerkschaften mit Platz 11 bzw. 18, die Wirtschaft mit Platz 14 bzw. 7 und die Schweizer Grossunternehmen mit Platz 15 bzw. 9. Offensichtlich fällt es der Bevölkerung schwer, zu glauben, dass die Wirtschaft und die Unternehmen für das Gemeinwohl arbeiten, während die Leader wirklich nur den grossen internationalen Organisationen misstrauen. Den KMU-Geschäftsführern vertrauen dagegen beide Zielgruppen.

Die Leader wurden gebeten, zu denselben 19 Institutionen zu sagen, ob ihr Vertrauen in den letzten 3 Jahren (also während der Krise) zu- oder abgenommen habe oder gleich geblieben sei. Einzig die SNB und die KMU-Chefs konnten ihre Werte mit +48% bzw. +33% verbessern. Die übrigen haben mehr Ansehen verloren als gewonnen. Die negative Bilanz fällt allerdings ungleich aus: Mit 66% enttäuschten Leadern sind die Medien und der Bundesrat am tiefsten gefallen.

DIE HEUTIGE SCHWEIZ WÄRE ALSO EIN IN BEQUEMLICHKEIT UND INDIVIDUALISMUS DAHINDÄMMERNDES LAND, IN DEM MAN ABER BESSER LEBT ALS ANDERSWO.

Und wie sieht es jetzt mit den politischen Parteien aus? Den Interviewten wurde u.a. folgende Behauptung vorgelegt: „Die politischen Parteien lassen sich zu sehr von wahltaktischen Überlegungen lenken“. Sechs von zehn Leadern, besonders aus der Wirtschaft, sind davon vollkommen überzeugt, aber nur 45% der Bevölkerung. Die Mehrzahl der übrigen Befragten ist davon ziemlich überzeugt, und nur 6% der Leader und 15% der breiten Öffentlichkeit glauben nicht daran, wobei die Jungen in beiden Zielgruppen milder urteilen als die Ältern. Somit scheinen auch die politischen Parteien nicht in erster Linie zum Wohl des Landes zu



arbeiten, sondern für ihre eigenen Interessen. Leader und Bevölkerung hegen also grosses Misstrauen gegenüber einigen für das öffentliche Leben doch wesentlichen Einrichtungen!

Wie gross ist das Vertrauen in die Chefs der Grossunternehmen bzw. der KMU – und zwar nicht, dass sie zum Wohl der Gesellschaft handeln, sondern dass sie die Wirtschaft beleben und die Beschäftigung und das Wachstum erhalten? Die Antworten lauten ähnlich wie oben, und die Meinungen haben sich seit Sophia 2008, also vor der Krise, auch kaum verändert. Somit hätte die Krise an den Urteilen der Befragten nichts geändert, als würden diese tatsächlich zwischen der missbilligten Finanzwirtschaft und der respektierten Realwirtschaft unterscheiden.

Anhand des Trustbarometers von Edelman StrategyOne, für den 2010 insgesamt 4875 Leader in 22 Ländern befragt wurden, lassen sich internationale Vergleiche anstellen. Während die Wirtschaft in der Schweiz das Vertrauen von 61% der Leader geniesst, beträgt dieser Wert in den USA 54%, in Deutschland 40%, in Frankreich 36% und in Italien 59%. In der Schweiz ver-

trauen 62% der Leader dem Bundesrat, während in den USA 46% und in Deutschland und Frankreich 43% der jeweiligen Regierung vertrauen. Die Medien folgen in den europäischen Ländern und in der Schweiz am Schluss (während sie in den asiatischen Ländern die Spitze einnehmen!), und ihr Fall zwischen 2008/2009 und 2010 war brutal. Ihrer Glaubwürdigkeit hat die Krise also ganz besonders geschadet. In Frankreich ist das Vertrauen zu Presse und Radio von 31% in 2009 auf 23% in 2010 gesunken und in den USA von 47% auf 26%. In der Schweiz vertrauen ihnen nur 18% der Leader. Die NGO werden in der Schweiz (51%) ähnlich benotet wie in GB-Frankreich-Deutschland (53%) und in den USA (58%). Den Chefs der Grossunternehmen vertrauen nur ein Viertel der Leader in den USA, in Frankreich, Deutschland und England, aber 51% in China und 68% in der Schweiz!

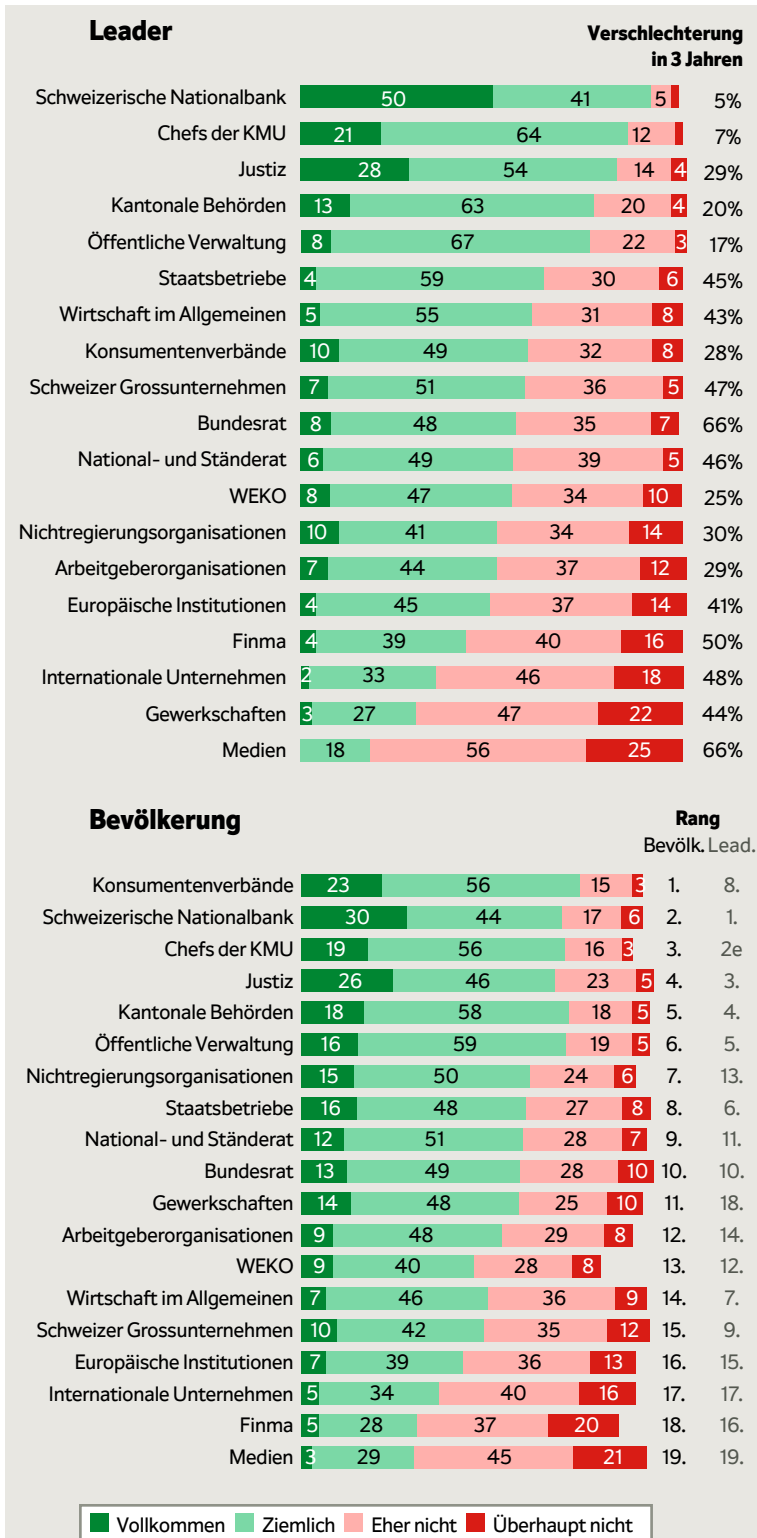
Die Schweiz ist immer noch besser als die anderen. Die Meinungen über die Schwächen der Schweiz und der Schweizer sind besser geworden, seit

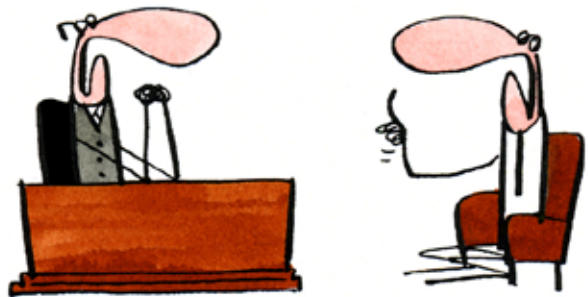
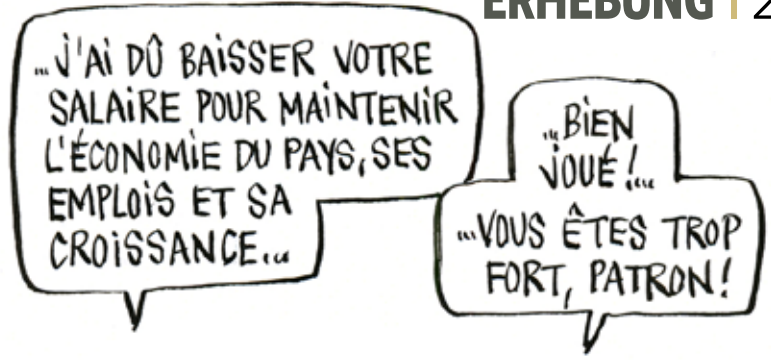
1997 dieselbe Frage gestellt wurde, ausser was ihre Neigung angeht, „jeder für sich“ zu schauen, statt solidarisch zu sein. Wahrscheinlich hat die jüngste Krise, aber auch die Konfrontation des Landes mit einer für alle destabilisierenden Globalisierung zu etwas mehr Risikofreude und zur Verbesserung der Schulsituation angeregt und das Vertrauen in die Schweizer Lebensqualität im Vergleich mit anderen, stärker betroffenen Ländern, gestärkt. Das Porträt der heutigen Schweiz würde also ein in Bequemlichkeit und Individualismus dahindämmendes Land zeigen, wo man aber besser lebt als anderswo, und das auf das Niveau seiner Schulen achten muss, sagen besonders die Leader. Sie wird damit weiterhin besser eingeschätzt als die anderen Länder, ausser bei der Kultur, wo sie ziemlich gleichauf ist. Gegenüber den 2007 erhobenen Anschauungen stellt man fest, dass die Krise keine merklichen Veränderungen bewirkt hat. Die Meinungen sind manchmal etwas negativer und manchmal etwas optimistischer, bewegen sich aber immer weitgehend im Spitzenfeld. ◦

GROSSE UNTERSCHIEDE IM VERTRAUEN IN DIE VERSCHIEDENEN AKTEURE

Bei den Leaders haben die über 54-Jährigen mehr Vertrauen in die SNB, die Verwaltung, den Bundesrat und die Comco als die Jüngeren. Einzig die Konsumentenverbände überzeugen die Westschweizer und Tessiner mehr als die Deutschschweizer, während letztere deutlich milder über die politischen Institutionen, die Verwaltung und die Wirtschaft im Allgemeinen urteilen. Die Rechte/Mitte setzt mehr Vertrauen in die Wirtschaft, die Arbeitgeberorganisationen, die FINMA und die SNB als die Linke. Umgekehrt benoten die Linke und die politischen Leader die Konsumentenverbände, die Staatsbetriebe, die NGO, die europäischen Institutionen, die Gewerkschaften und die öffentliche Verwaltung allgemein besser. Die Wirtschaftsleader schlussendlich setzen mehr Vertrauen in die Wirtschaft und deren Organisationen. Diese Unterschiede führen jedoch zu keinen wirklichen Umstellungen in der Hierarchie der Institutionen was die Sprachregionen angeht. Ausnahmen sind Verbraucherverbänden und die Comco, denen die lateinische Schweiz deutlich bessere Noten gibt. Dagegen führt die Zugehörigkeit zur Rechten oder Linken oder dementsprechend zu den Leaders der Wirtschaft oder der Politik zu umgekehrten Urteilen über die meisten genannten Institutionen, wobei diese Unterschiede nicht überraschen. In der Bevölkerung sind die Unterschiede weniger ausgeprägt als bei den Leaders. Allerdings setzen die Jungen unter 30 Jahren mehr Vertrauen als die Älteren in die Staatsbetriebe, die internationalen Unternehmen, die Gewerkschaften und die FINMA. Die Deutschschweizer haben mehr Vertrauen als die Romands in die öffentliche Verwaltung, den Bundesrat, die Wirtschaft und die Arbeitgeberorganisationen, die Comco und die SNB. Die Tessiner ihrerseits bringen dem Bundesrat, den NGO, der Wirtschaft und den Medien mehr Vertrauen entgegen, welche in diesem Kanton von der Mehrheit positiv beurteilt werden. Schliesslich ist die Rechte/Mitte der Wirtschaft besser gesonnen, während die links orientierten Befragten in der Bevölkerung wie ihre Gesinnungsgenossen bei den Leaders antworten.

• Vertrauen in die Akteure, dass diese zum Wohl der Gesellschaft handeln





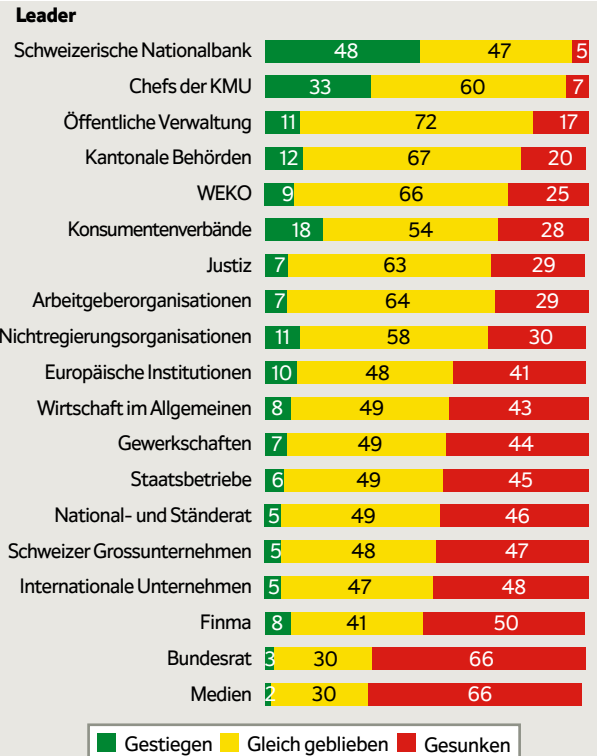
MIX & REMIX

«Man müsste das Verantwortungsgefühl in allen Branchen, auf allen Ebenen und vor allem in der Presse wieder stärken. Aber wie macht man das?»

Aussage eines Leaders

ENTWICKLUNG DES VERTRAUENS IN DIE INSTITUTIONEN

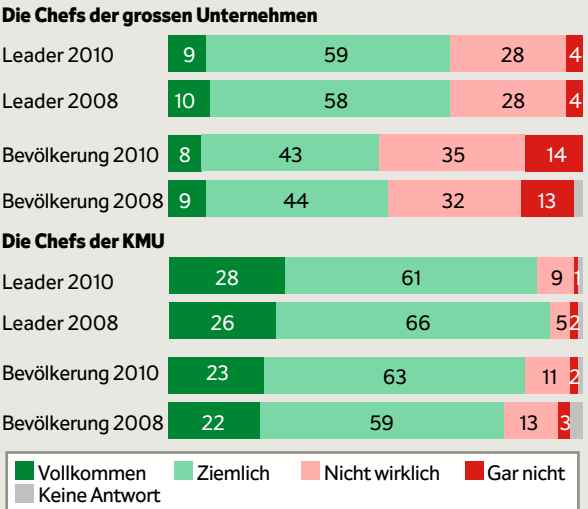
• Veränderung des Urteils innerhalb der letzten 3 Jahren



Hier zeichnen sich dieselben strukturellen Unterschiede zwischen der Rechten/Mitte und der Linken ab wie in der vorangehenden Frage.

DIE KRISE LÄSST DAS VERTRAUEN IN DIE ARBEITGEBER UNANGETASTET

• Vertrauen Sie heutzutage den Arbeitgebern um die Wirtschaft des Landes, die Arbeitsplätze und das Wachstum zu sichern?

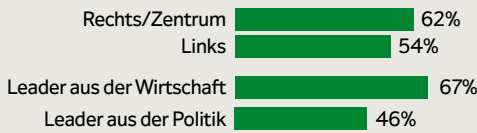
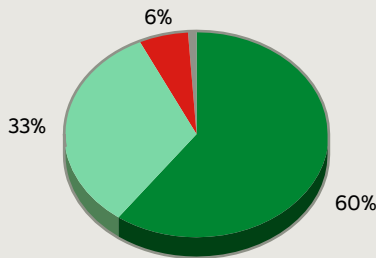


Die Bevölkerung und die Westschweizer und Tessiner Leader haben mehr Vertrauen in die grossen Unternehmen (13% und 17% voll einverstanden), als die Deutschschweizer (6% und 5% voll einverstanden). Das gleiche gilt für die KMU: 38% gegenüber 23% bei den Leaders und 28% gegenüber 21% in der Bevölkerung. Die Linke, Bevölkerung wie auch Leader, hat im Allgemeinen weniger Vertrauen als die Rechte/Mitte, und das auch in die KMU, denen nur 17% der linken Bevölkerung vollkommen vertrauen, gegenüber 30% bei der Rechten/Mitte.

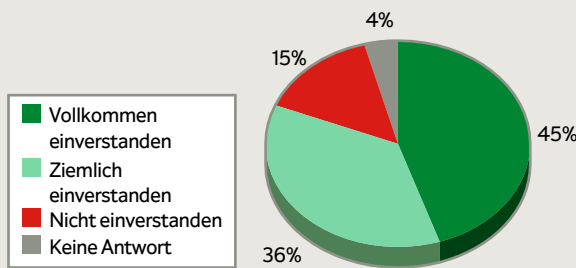
ZU VIEL WAHLTAKTIK BEI DEN POLITISCHEN PARTEIEN?

- Die politischen Parteien lassen sich zu stark von wahltaktischen Überlegungen leiten

Leader



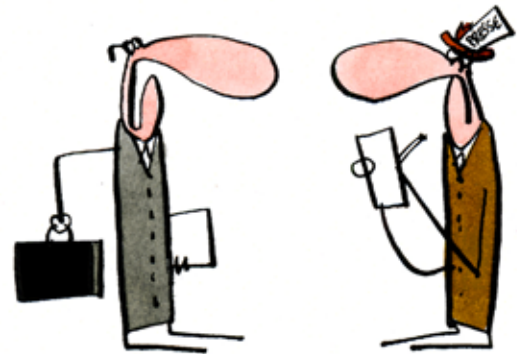
Bevölkerung



Die jungen Leader, mit nur 55% „voll einverstanden“, die Linke (54%) und die Vertreter der Politik (46%) urteilen milder über die Privilegierung wahltaktischer Überlegungen durch die Politparteien. In der Bevölkerung urteilen die Rechte und die Linke gleich. Besonders nachsichtig sind die unter 30-Jährigen, von denen nur knapp 36% „voll einverstanden“ sind, dass die Parteien wahltaktischen Überlegungen zu viel Beachtung schenken.

«Die Medien schiessen sich zu sehr auf die Wirtschaftsakteure ein und stellen sie alle wie Gauner hin, dabei ist es doch ihnen zu verdanken, dass es unserem Land wirtschaftlich gut geht.»

Aussage eines Leaders

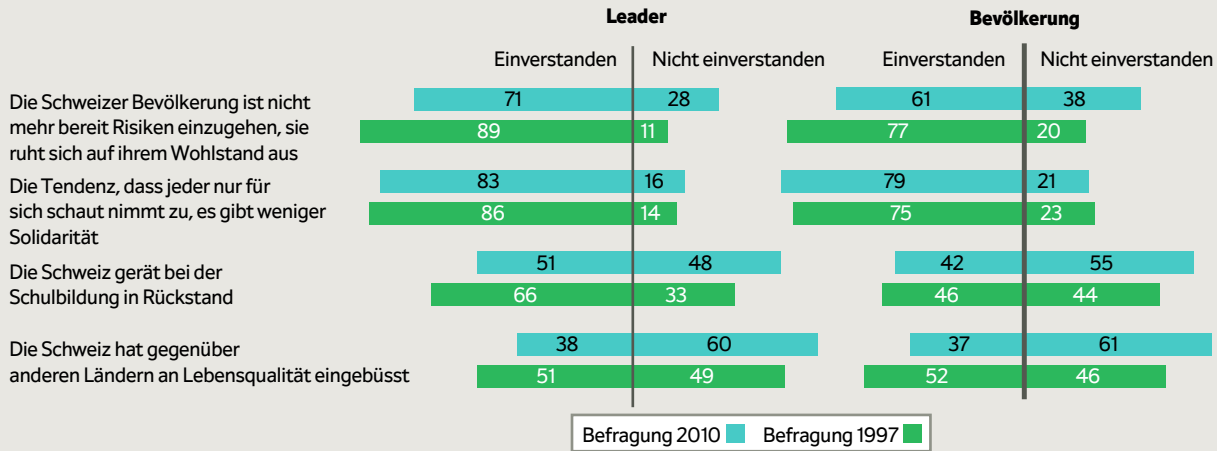


MIX & REMIX

«Die Rolle der Medien hat dem Bild der Schweiz eindeutig geschadet. Ihre Neigung, alles zur Sensation aufzubauschen, hat erheblich zur übertrieben negativen Wahrnehmung von tatsächlich aufgetretenen Problemen beigetragen. Die Komplizenschaft einer Clique von publicitysüchtigen Politikern muss man hier auch dazuzählen.» Aussage eines Leaders

ACHTUNG: ZU VIEL WOHLSTAND TÖTET DEN WOHLSTAND

• Aussagen über die Schweiz



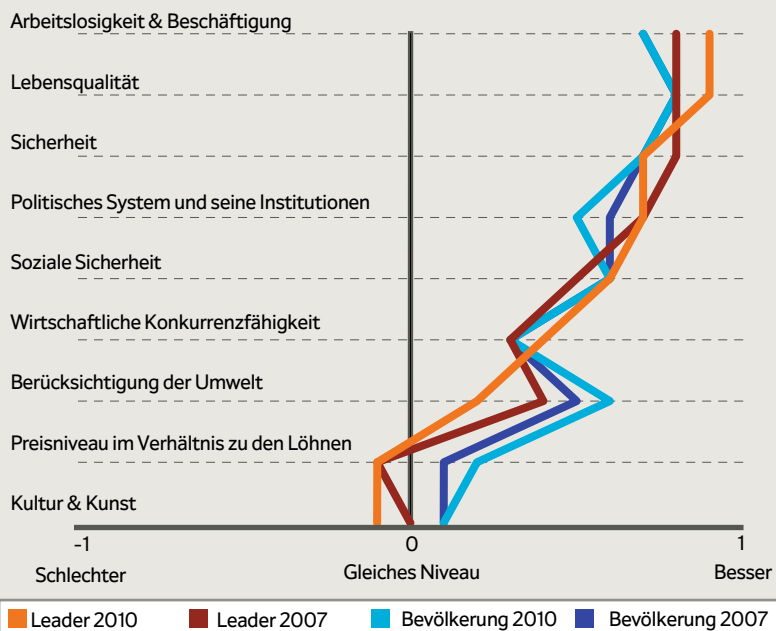
In der Bevölkerung zeigen sich die 45- bis 59-Jährigen besonders überzeugt, dass die Schweizer ihre Risikobereitschaft verloren haben und der Individualismus überhand nimmt. Die über 60-Jährigen bestreiten ein Abfallen der Schweiz in der Rangfolge der Länder mit hoher Lebensqualität. Die Tessiner beurteilen das sinkende

Schulniveau und den Individualismus gemässiger. Zwischen der Linken und der Rechten bestehen keine Unterschiede. Die Meinungen der Leader sind ziemlich ähnlich, wobei die jüngeren Leader sowie auch die Linke das Schulniveau und die Lebensqualität etwas pessimistischer einschätzen.

DIE SCHWEIZ NACH WIE VOR KLASSENBESTE!

• Steht die Schweiz heute im internationalen Vergleich hinsichtlich folgender Punkte besser, gleich gut oder schlechter da als andere Industrieländer:

Die Überlegenheit der Schweiz in allen oder fast allen Belangen ist bei den Leadern der Linken weniger anerkannt, mit Ausnahme der Bereiche Sicherheit, Lebensqualität und Arbeitslosigkeit, während sich bei der Bevölkerung hier keine Spaltung zeigt. Die Leader der Rechten sind von der Überlegenheit der politischen Institutionen und von der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit besonders überzeugt, während die Vertreter der Wirtschaft weniger daran glauben! In der breiten Öffentlichkeit zeigt sich wiederum, dass die Tessiner weniger überzeugt sind, dass die Schweiz punkto Arbeitslosigkeit besser dasteht. Die Romands urteilen ein wenig negativer als ihre Landsleute in der Deutschschweiz und im Tessin über das politische System, die soziale Sicherheit und die Kultur.



Die Schweizer haben Vertrauen: Das in letzter Zeit gebeutelte Bild ihres Landes im Ausland bleibt in ihren Augen gut und kann auf solide Stärken wie das wirtschaftliche Know-how zählen. Die Mehrheit der Westschweizer und Tessiner Leader würde die Eröffnung der Debatte über den EU-Beitritt begrüssen.

5 Die Schweiz in der Welt Die Krise hat ihr Image angegriffen, aber nicht schlimm

MARIE-HÉLÈNE MIAUTON

In Anbetracht der Affären, die die Schweiz in letzter Zeit erschüttert haben, wurde oft gesagt, das Image der Schweiz auf internationalem Niveau habe gelitten. Was halten die Schweizer davon? Insgesamt glauben sie, dass die Schweiz auf den meisten Gebieten immer noch ein besseres Image hat als die anderen europäischen Länder. Dies gilt insbesondere für alles, was ihre institutionellen und wirtschaftlichen Strukturen oder ihre ethischen Werte angeht: Demokratie, soziale Stabilität, Fleiss und Einsatzfreude, wirtschaftliche Kraft, Sicherheit, Zuverlässigkeit, humanitäres oder ökologisches Verantwortungsbewusstsein. Die Mehrheit der Bevölkerung bestätigt, das Ansehen des Landes sei in all diesen Aspekten besser als das der anderen, und die Leader stimmen ihr zu, ausgenommen beim humanitären und ökologischen Verantwortungsbewusstsein, deren Wahrnehmung ihnen zufolge in etwa dem des übrigen Europa entspricht. In den anderen Punkten ist die Bevölkerung überzeugt, dass das Bild der Schweiz nicht durchwegs besser, aber zumindest gleich gut ist: innovativ, kulturell aktiv, weltoffen, sympathisch, mit klarer Positionierung. Leider sind die Leader deutlich weniger von der Weltoffenheit, der Freundlichkeit und der Positionierung

überzeugt: 44% bis 48% vermuten, dass die Schweiz diesbezüglich ein schlechteres Image hat als die anderen europäischen Länder.

Das allgemeine Image der Schweiz halten schlussendlich nur 25% der Leader und 45% der Bevölkerung für besser; 27% der Leader und 13% der Bevölkerung sehen es als weniger gut an. Die Wahrnehmung der beiden Zielgruppen ist also sehr unterschiedlich, was durch den Vorwurf der wenig klaren Positionierung und der verschwommenen Persönlichkeit erklärt werden kann, der bei den Leadern deutlich ausgeprägter ist.

Wie wir gesehen haben, wird das Bild der Schweiz als gut beurteilt, dennoch meint ein knappes Viertel der Leader und der Bevölkerung, es sei durch die Krise stark erschüttert, während 31% und 37% der Auffassung sind, es sei intakt daraus hervorgegangen. Demnach muss es vor den Ereignissen, die es geschädigt haben, geradezu Kultstatus genossen haben! Doch besteht ohnehin kein Grund zur Sorge, da 57% der Leader und 74% der breiten Öffentlichkeit glauben, das internationale Vertrauen werde innert der nächsten drei Jahre zurückkehren.

Auf die Dynamik der Wirtschaft zählen. Zum Aufpolieren ihres Images gegenüber der internationalen Meinung können die Schweizer weiterhin auf die Dynamik

und das Know-how ihrer Wirtschaft zählen. Sie ist ihre grösste Stärke, bestätigen 84% der Leader, gefolgt von ihrem demokratischen Image (43%) und an dritter Stelle gleichauf ihrem beispielhaften Umweltbewusstsein und ihrer Neutralität (je 39%). In der Bevölkerung ist die Rangfolge anders: Das beispielhafte Umweltbewusstsein und die wirtschaftliche Dynamik (64% und 62%) belegen zusammen die Spitze, gefolgt von der Neutralität und der Entwicklungshilfe, die bei den Leadern ganz unten auf der Liste stehen. Allerdings ist in den Augen der Befragten keiner der sieben genannten Punkte wirklich sekundär.

Nach wir vor keinen Beitritt. Nach der Steuerkrise, in die sich die Schweiz von ihren grossen Nachbarn hat stürzen lassen, sind ein paar Fragen zur Europastrategie des Landes unvermeidbar. Für fast zwei Drittel der Leader und der Bevölkerung ist der bilaterale Weg schwierig, aber immer noch gangbar. Es scheint also, dass die Krise bei der Mehrheit keinen Wunsch nach einem Richtungswechsel in der seit 20 Jahren verfolgten Strategie ausgelöst hat. Ein Viertel der Leader denkt zwar, der bilaterale Weg sei am Ende, da die EU nicht mehr verhandeln will, doch nur 12% der Bevölkerung teilen diese Meinung. Schliesslich betrachten 14% der Leader und 21% der Bevölkerung (ob mit oder ohne Bedauern entzieht sich unserer Kenntnis) die Schweiz bereits als vollkommen eurokompatibel. Da die Mehrheit der Befragten weiterhin auf den bilateralen Weg setzt, erstaunt es

DIE LEADER SIND DEUTLICH WENIGER VON DER WELTOFFENHEIT DER SCHWEIZ UND SEINER GASTFREUNDLICHKEIT ÜBERZEUGT.

nicht, dass die Eröffnung des Beitrittsdossiers weiterhin nicht auf der Tagesordnung steht. Bei den Leadern zeichnet sich keine klare Mehrheit ab, und die Bevölkerung ist weiterhin eindeutig dagegen. Ausserdem haben sich die Meinungen seit dem letzten Jahr nicht wirklich verändert, und der Steuerstreit mit den französischen, deutschen und italienischen Nachbarn scheint die Schweizer nicht in deren Arme zu drängen.

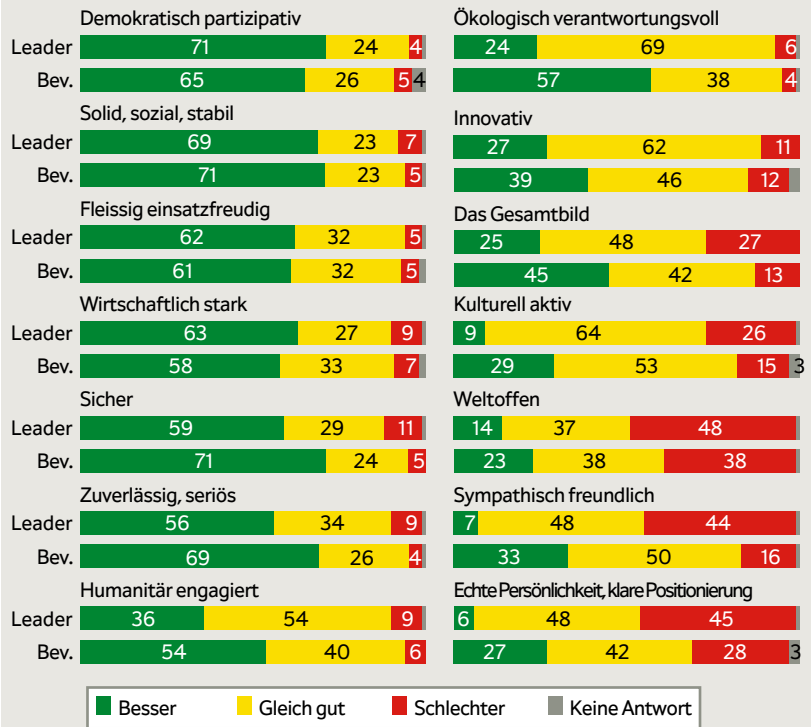


Allerdings erwarten die Befragten auch nichts (oder fast nichts) Gutes von einem Beitritt! Ihrer Ansicht nach würden die Demokratie geschwächt (75% der Leader und 63% der Bevölkerung) und auch die politische Organisation der Schweiz (62% der Leader und 59% der Bevölkerung). Kollateralschäden erleiden würden zudem ihr nationaler Zusammenhalt (42% der Leader und 46% der breiten Öffentlichkeit) und ihre wirtschaftliche Stärke (28% der Leader und 44% der Bevölkerung). Negativ wäre die Bilanz ferner in Bezug auf ökologische Aktionen, und letztlich würde einzig die internationale Ausstrahlung des Landes durch den Beitritt gewinnen. Die Meinungen gehen bei beiden Zielgruppen in dieselbe Richtung, wobei die Befürchtungen der Leader für Umwelt und Wirtschaft weniger ausgeprägt sind.

Die Interviewten sind im Allgemeinen ziemlich optimistisch und erwarten, dass wir eine spannende Epoche erleben werden. So denken 60% der Leader, ohne Veränderung gegenüber Sophia 2006, und 55% der Bevölkerung, die verglichen mit ihren Aussagen von vor vier Jahren deutlich optimistischer ist. Diese in Krisenzeiten unerwarteten Ergebnisse sind damit zu erklären, dass die schwierigen Zeiten, die die Schweiz soeben durchquert hat, und von denen ungewiss ist, ob sie definitiv überstanden sind, nach der Überzeugung der Hälfte der Leader und der Bevölkerung ein Glück für ihre Erneuerung sind. Ein weiteres gutes Drittel denkt ebenso, wenn auch nicht ganz so vertrauensvoll. Zu echten Zukunftsängsten bekennt sich somit kaum eine von zehn Personen. ◦

DAS HERVORRAGENDE BILD DER SCHWEIZ IN DER WELT

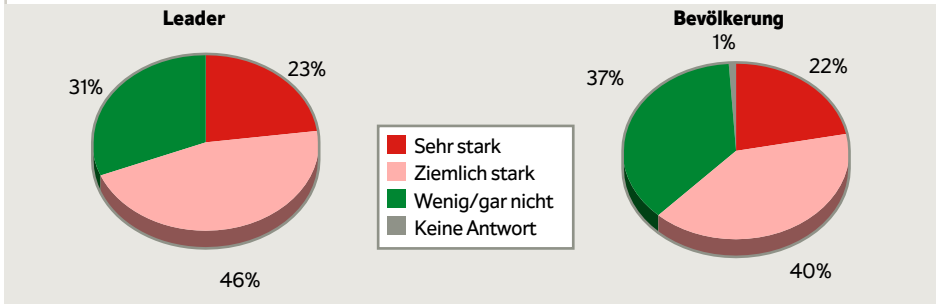
• Welches Bild hat die Welt von der Schweiz? Glauben Sie, dass die Schweiz in den Augen des Auslands bei den folgenden Eigenschaften besser, gleich gut oder schlechter abschneidet als die anderen europäischen Länder?



Von einigen seltenen Ausnahmen abgesehen urteilen die Leader weniger positiv als die Bevölkerung. Dies liegt hauptsächlich am strengeren Urteil der Linken. In der Bevölkerung macht sich dieser Unterschied nur schwach bemerkbar, dies aber in ähnlich negativem Sinn. Davon abgesehen zweifeln die politischen sowie die Westschweizer und Tessiner Leader auch eher an der Qualität des Bildes der Schweiz, wobei dies auch für die Westschweizer Bevölkerung gilt.

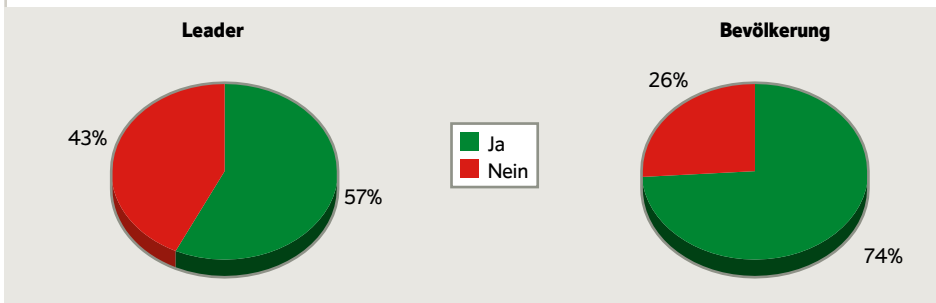
BILD DER SCHWEIZ MOMENTAN DURCH DIE KRISE IN MITLEIDENSCHAFT GEZOGEN

• Wurde der Ruf der Schweiz in der Welt durch die Krise erschüttert?



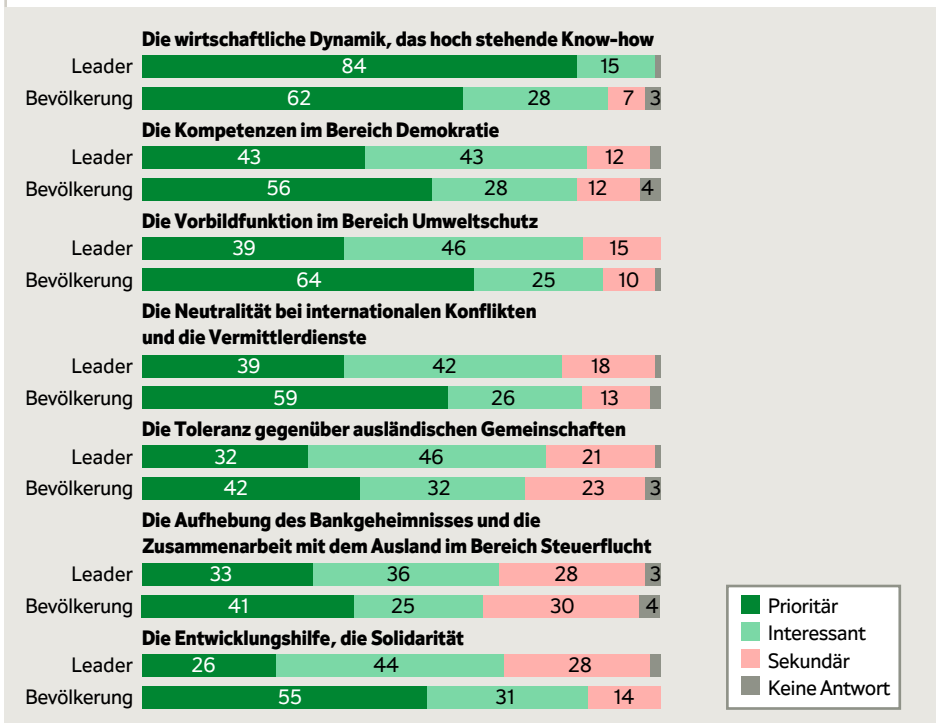
Am meisten besorgt über eine nachhaltige Verschlechterung des Schweizbildes sind die Westschweizer und Tessiner Leader (38% halten es für sehr stark erschüttert gegenüber nur 15% der Deutschschweizer) sowie die Leader der Linken (31% gegenüber 19% bei der Rechten/Mitte). Dieselben Unterschiede bestehen in der Bevölkerung, wenn auch weniger ausgeprägt.

• Wird das Vertrauen in den nächsten 3 Jahren zurückkommen?



VIELE RÜHMLICHE SCHWEIZER WERTE

• Auf welche Werte sollte sich die Schweiz Ihres Erachtens in erster Linie stützen, um ihren internationalen Ruf wieder zu verbessern?



Bei den Leadern wie in der Bevölkerung setzen tendenzielle Anhänger der Linken viel mehr als jene der Rechten oder der Mitte auf vorbildlichen Umweltschutz, Toleranz gegenüber ausländischen Gemeinschaften, das Ende des Bankgeheimnisses und die Entwicklungshilfe.

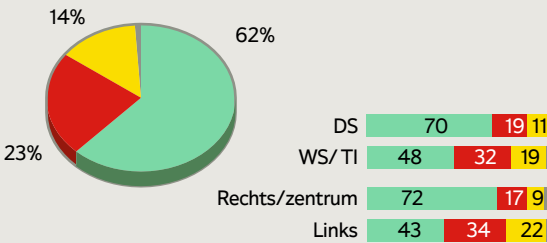
«Der Europabeitritt hat noch keine Nation offener oder interessierter für die anderen Mitgliedsnationen gemacht, im Gegenteil: Provinzialismus, Abschottung und egoistische Blindheit für das Schicksal der anderen sind die Regel. Erstaunlicherweise scheint dies niemand zu merken.» **Aussage eines Leaders**

«Die Schweizer müssen die Welt insgesamt besser kennen lernen, sie weit über ihr derzeitiges Bewusstsein hinaus analysieren, die Vermischung der Völker berücksichtigen, die Veränderungen aufmerksamer beobachten, denen sie ausgesetzt sind.» **Aussage eines Leaders**

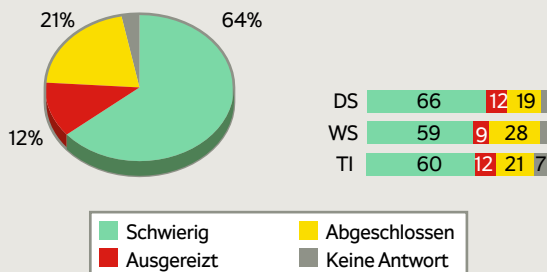
EUROPA: IMMER WIEDER DER BILATERALE WEG!

• Was die Beziehung zur EU angeht: Glauben Sie, dass der bilaterale Weg schwieriger aber noch gangbar ist, oder dass er ausgereizt ist, da die EU nicht mehr verhandlungsbereit ist, oder dass er abgeschlossen ist da die Schweiz bereits „euro-kompatibel“ ist?

Leader



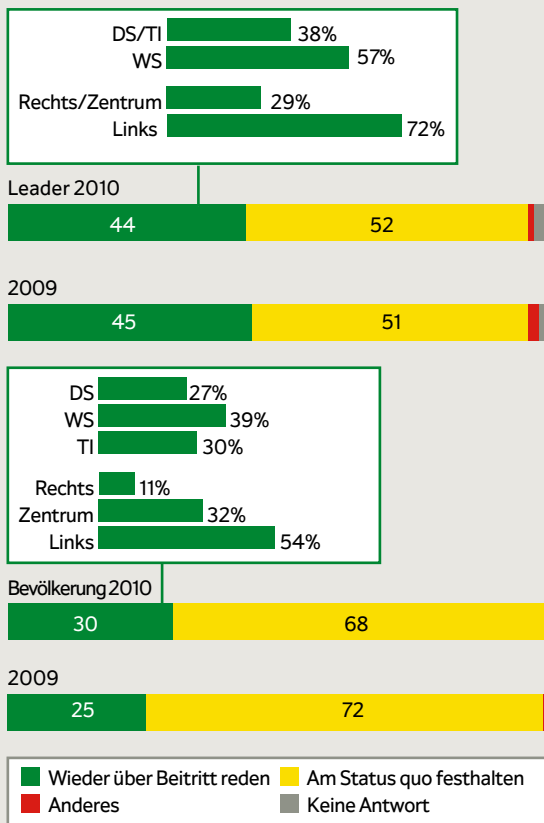
Bevölkerung



Die Deutschschweizer Leader (70%) und jene der Rechte/ Mitte (72%) überzeugt der bilaterale Weg mehr als die Westschweizer und Tessiner (48%) oder die Linke (43%). Gleiches gilt für die Bevölkerung, in der die stärksten Befürworter bei den Jungen unter 30 Jahren (69%) und den Deutschschweizern (66%) zu finden sind, jedoch ohne Unterschiede nach Parteien. Diese Unterschiede sind grösstenteils durch die jeweiligen Meinungen dieser Untergruppen zum EU-Beitritt zu erklären.

BEITRIITSDOSSIER IM STANDBY-MODUS

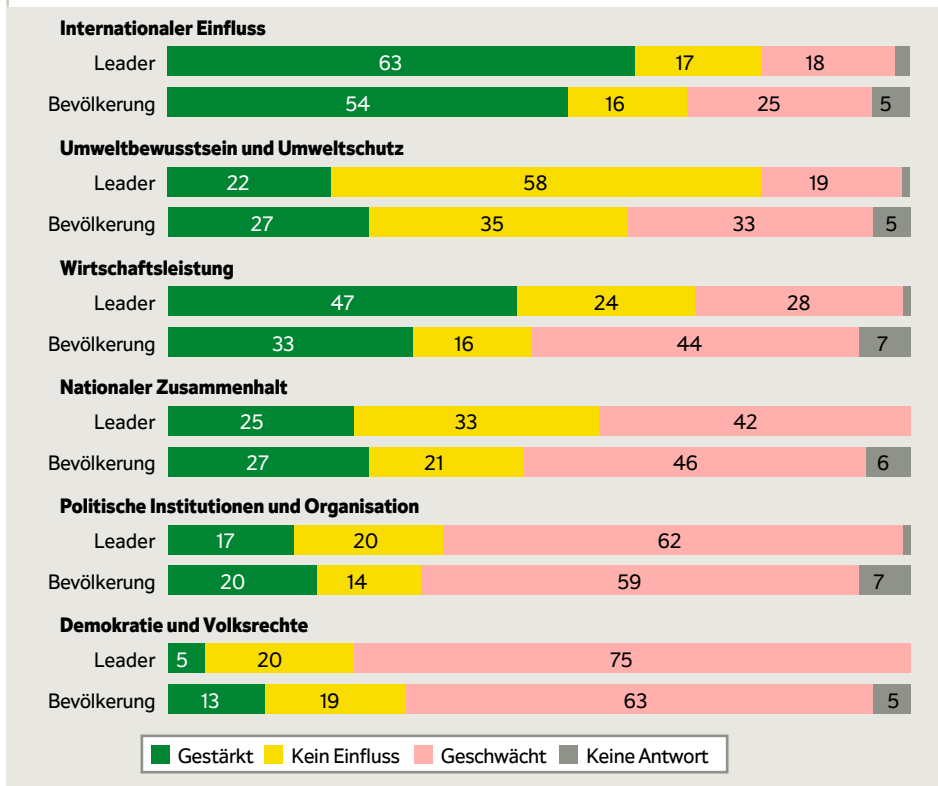
• Finden Sie, dass es an der Zeit ist, wieder über den Beitritt zu diskutieren oder bevorzugen Sie den Status quo?



Wie bei den früheren Sophia-Ausgaben sind die Beitrittsbefürworter insbesondere links im politischen Spektrum zu finden (bei den Leaders 72% und in der Bevölkerung 54%). Eine Mehrheit zeichnet sich indessen auch bei den Leaders in der Romandie ab (56% gegenüber nur 39% der Bevölkerung der Westschweiz).

DIE SCHWEIZER ERWARTEN VON EINEM BEITRITT NICHTS GUTES!

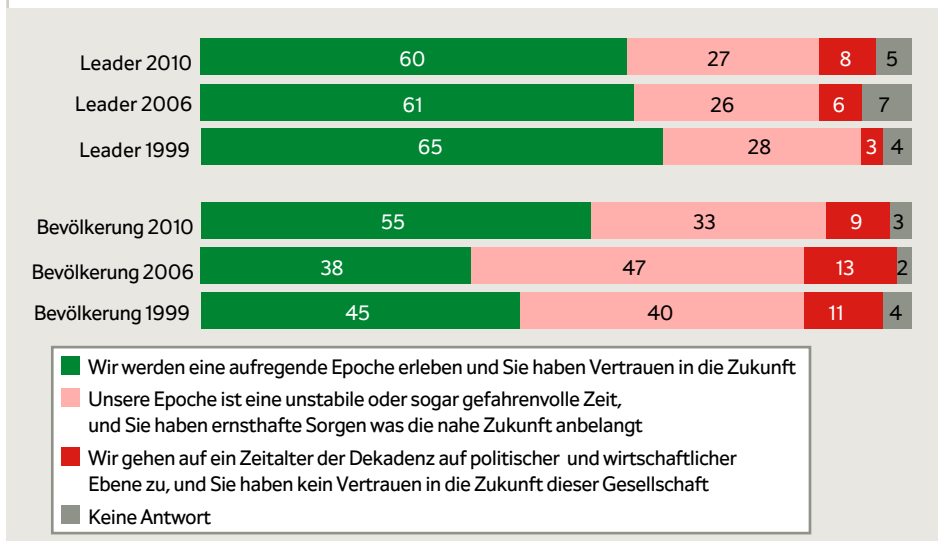
• Würde die Schweiz durch einen Beitritt zur Europäischen Union in den folgenden Punkten gestärkt oder geschwächt?



In der Bevölkerung ist der Hauptunterschied zwischen der Rechten und der Linken auszumachen und die Mitte liegt logischerweise dazwischen. Die Romands haben aufgrund ihrer höheren Empfänglichkeit für die EU auch weniger Angst vor den möglichen Folgen für die Schweiz. Die Tessiner sorgen sich insbesondere um die Wirtschaftskraft und die internationale Ausstrahlung der Schweiz. Bei den Leadern sind die Positionen von der politischen Zugehörigkeit geprägt: Die Linke gibt sich in dem Mass zuversichtlicher, in dem sie der EU demnächst beitreten möchte.

BEREIT FÜR EINE AUFREGENDE ZUKUNFT

• Wie zuversichtlich sind Sie für die nächsten 15 Jahre für die Schweiz und ihre Nachbarländern?



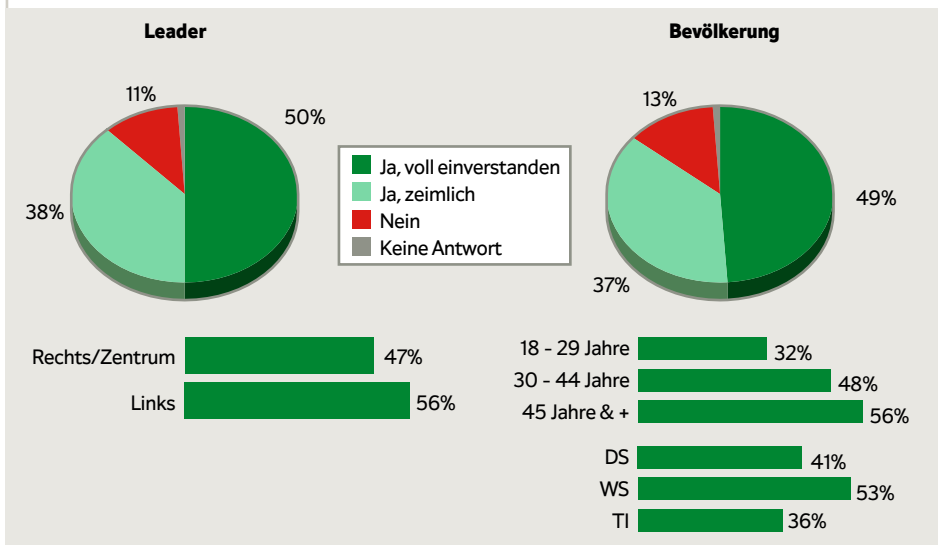
Bei den Leadern ist die Rechte deutlich optimistischer als die Mitte und die Linke, die 10 Punkte zurückliegen. In der Bevölkerung sind die Männer zuversichtlicher als die Frauen, die Deutschschweizer sind deutlich optimistischer als Romands und Tessiner (61% gegenüber 42% und 33%) und die Rechte/Mitte ist zuversichtlicher als die Linke (60% gegenüber 54%).

«Die Medien führen das Wort „Krise“ seit etwa zwei Jahren im Mund. Obschon es wahrscheinlich auch in den Köpfen ist, bleibt das meiner Meinung nach oberflächlich: Im Alltag deutet nichts darauf hin, dass die Menschen von der Krise, und nicht nur von der Vorstellung und vom Gespenst der Krise betroffen sind.» **Aussage eines Leaders**



EINE GUTE KRISE, WAS FÜR EINE CHANCE!

• Ist die aktuell schwierige Zeit eine Chance für eine Erneuerung der Schweiz?



In der Bevölkerung sind die Tessiner viel weniger als die Romands und besonders die Deutschschweizer davon überzeugt (36% gegen 41% und 53% sind voll überzeugt), dass diese Krise eine Chance ist. Das Vertrauen wächst mit dem Alter der Befragten, von nur 32% bei den unter 30-Jährigen auf 56% bei den über 45-Jährigen. Bei den Leaders sind die Unterschiede geringer, und nur die Leader mit internationalem Aktionsradius sind deutlich zuversichtlicher als die anderen (67% gegenüber 47%).

Die Schweiz wurde von der Krise erschüttert, doch ihre wirtschaftlichen und institutionellen Grundlagen bleiben solid!

Schlussfolgerungen

MARIE-HÉLÈNE MIAUTON UND MATHIAS HUMERY
Forscher bei M.I.S Trend, Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung, Lausanne und Bern

In Anbetracht der wirtschaftlichen und politischen Krisenperiode, die die Schweiz zum Zeitpunkt der Erhebung gerade durchquert hatte, präsentiert Sophia 2010 erstaunlich optimistische Ergebnisse. Bevölkerung und Leader finden noch immer nicht, dass die Institutionen des Landes einschneidend reformiert werden müssen, oder dass die Schweiz der Europäischen Union beitreten muss. Die Krise hat zwar das Vertrauen insbesondere in die Banken, aber auch in die internationalen Unternehmen erschüttert, doch die Chefs der Grossunternehmen und der KMU des Landes sind von diesem Vertrauensverlust nicht betroffen. Auch wird der Bundesrat wegen seines Umgangs mit der Libyen-Affäre und den internationalen Steuerstreitigkeiten im Anschluss an die Finanzkrise scharf angegriffen, aber man gedenkt trotzdem nicht, zum Beispiel das Wahlsystem zu reformieren.

Keine Revolution. Oft räumen die Befragten also ein, dass die jüngste Vergangenheit turbulent war, doch einschneidende Konsequenzen widerstreben ihnen. Die zur besseren Kontrolle der Banken und der Wirtschaft vorgeschlagenen Reformen nimmt besonders die Bevölkerung positiv auf, doch an das Ende des Liberalismus glaubt sie nicht. Der Bundesrat ist einer immer rauerer Welt schlecht gewachsen, behält jedoch das

Vertrauen von 66% der Leader und 62% der Bevölkerung.

Der schwerste Vertrauensverlust kommt recht unerwartet: er betrifft die Medien, die von 66% der Leader schlechter benotet werden. Nur noch 18% der Leader und 32% der Bevölkerung vertrauen ihnen. Ausser der wirtschaftlichen Krise, die sie in Form eines drastischen Rückgangs der Werbeinnahmen mit voller Wucht trifft, und der vom Vormarsch der elektronischen Medien ausgelösten strukturellen Krise erleben die Medien also auch eine ebenso ernste Vertrauenskrise. Das erklärt, weshalb zwei Drittel der Leader ihnen dauerhaft schwierige Zeiten voraussagen. Überlassen wir es der Branche, diese Ergebnisse zu analysieren und auf Abhilfe zu sinnen.

Tradition. Auch wenn die Medien, allerdings nicht als einzige, die Missbilligung der Schweizer erfahren, so kommen andere Institutionen wie die Nationalbank, die Justiz, die Kantonsbehörden und die öffentliche Verwaltung sehr gut weg. Das Vertrauen gegenüber diesen traditionellen Akteuren der nationalen Stabilität erklärt zweifellos den Optimismus der Befragten bezüglich Wohlstand der Schweiz und ihre hervorragende internationale Position in vielen Punkten, von der Lebensqualität über die soziale Sicherheit oder die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit bis zum Umweltbewusstsein. Die grössten Meinungsunterschiede zeigen sich zwischen den Westschweizern und Tessiner und den

MEINUNGSUNTERSCHIEDE ZWISCHEN DER RECHTEN/MITTE UND DER LINKEN

| LEADER | | |
|---|----------------|-------|
| | Rechts/Zentrum | Links |
| Die Präsenz der Wirtschaftskrise in den Medien war übertrieben. | 43% | 16% |
| Der Schweiz geht es nach wie vor gut und das wird so bleiben. | 68% | 58% |
| Die Kontingentierung von Arbeitskräften aus der Europäischen Union sollte wieder eingeführt werden. | 23% | 14% |
| Die Steuern müssen gesenkt werden. | 56% | 11% |
| Die Krise mässigt den Wirtschaftsliberalismus nur vorübergehende. | 83% | 71% |
| Die UBS musste gerettet werden. | 75% | 56% |
| Es muss versucht werden das Bankgeheimnis zu retten. | 73% | 18% |
| Die politischen Parteien lassen sich zu stark von wahltaktischen Überlegungen lenken. | 62% | 54% |
| Der bilaterale Weg ist immer noch gangbar. | 72% | 43% |
| Die Schweiz soll wieder über einen EU-Beitritt reden. | 29% | 72% |
| BEVÖLKERUNG | | |
| Die Präsenz der Wirtschaftskrise in den Medien war übertrieben. | 50% | 31% |
| Die Kontingentierung von Arbeitskräften aus der Europäischen Union sollte wieder eingeführt werden. | 53% | 34% |
| Die Steuern müssen gesenkt werden. | 41% | 28% |
| Es muss versucht werden das Bankgeheimnis zu retten. | 70% | 38% |
| Die Schweiz soll wieder über einen EU-Beitritt reden. | 17% | 54% |

• Gründe optimistisch zu sein



• Gründe pessimistisch zu sein

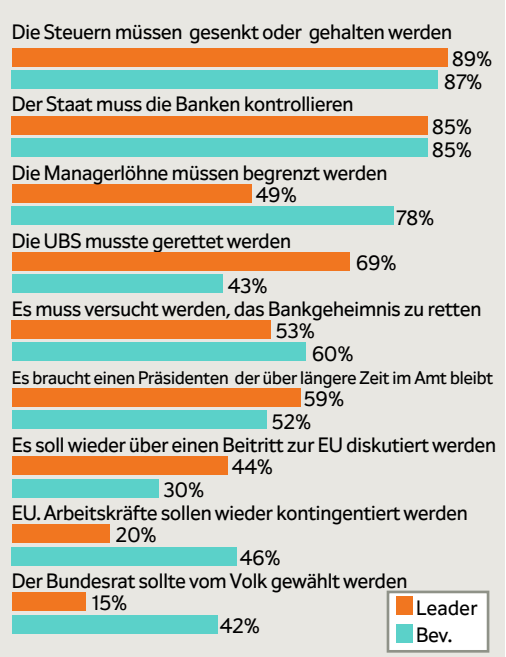


Deutschs Schweizern, aber noch mehr zwischen der Linken und der Rechten/ Mitte des politischen Spektrums (siehe Tabelle).

Wenige Abweichungen. Schliesslich ist noch einmal festzuhalten, dass die Leader und die Bevölkerung in ihrer Sicht der Ereignisse und der Lösungen und in ihrem Glauben in die Zukunft nicht grundsätzlich voneinander abweichen. Allenfalls sind in der Bevölkerung markantere wirtschaftliche Sorgen festzustellen (Kaufkraft, Zukunft der Renten, Arbeitsbedingungen), die bei ihr ein stärkeres Misstrauen gegenüber der Wirtschaft auslösen. Dagegen machen sich die Leader mehr Sorgen über die Politik: das Bild der Schweiz in der Welt

scheint ihnen mehr Schaden genommen zu haben und der Vertrauensverlust in die Institutionen ist bei ihnen dauerhafter. Ein wenig mehr von ihnen wollen das Beitrittsdossier der Schweiz zur EU wieder öffnen, wobei sich allerdings keine Mehrheit in diesem Sinn äussert. Die Frage ist also, ob wir die weltweite Wirtschaftskrise tatsächlich hinter uns haben, ob die Staaten ohne allzu grosse Mühe die Schulden wegstecken können, die sie gemacht haben, und ob der Schweiz die Probleme erspart bleiben werden, die ihre grossen Nachbarn plagen. SOPHIA wird uns nächstes Jahr mehr darüber sagen, ob der Optimismus berechtigt war und ob er anhalten wird. ○

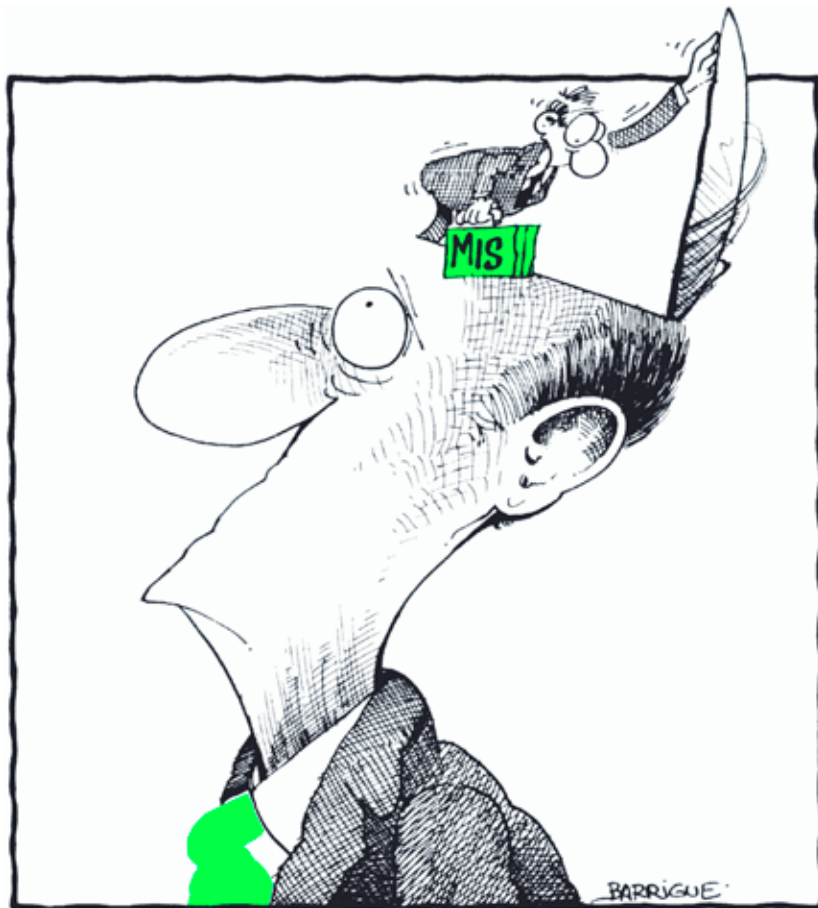
• Welche Massnahmen sind zu treffen?



M.I.S TREND

- Ein engagiertes Team von Forschern
- Detaillierte Kenntnis der Methoden
- Kreativität bei der Fragebogenentwicklung
- Höchste Qualität bei der Stichprobenbildung
- Anwendungsorientierte Resultate

M.I.S. Trend SA
Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung
Pont Bessières 3, 1005 Lausanne
Worbstrasse 225, 3073 Gümliigen
021 320 95 03 (T), 021 312 88 46 (F)
info@mistrend.ch
www.mistrend.ch



OFFRE SPÉCIALE

Pour seulement Fr. 30.–*

Vous économisez Fr. 46.70 par rapport à l'achat au numéro

Découvrez L'Hebdo pendant 3 mois



L'Hebdo

LE PLEIN D'INFO CHAQUE JEUDI

Pour profiter de cette offre, composez le **0848 48 48 02** (tarif normal) ou rendez-vous sur notre site internet **www.hebdo.ch**

*Cette offre est valable jusqu'au 31.12.2010, uniquement réservée aux personnes non abonnées résidant en Suisse. Un essai ne peut être conclu qu'une seule fois. Tarifs pour l'étranger au +41 62 746 41 52. Les prix incluent la TVA.